

Bezugspreis:

Bestellzettel 30.— M., monatlich 10.— M.,
vierteljährlich 30.— M., halbjährlich 60.— M.,
jährlich 120.— M., unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 15.10 M.,
für das übrige Ausland bei halbjährlicher
Lieferung 21.30 M. Bestellungen nehmen an
Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
weise zweimal, Sonntags und Monta-
gags einmal.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normalspaltbreite
für 3. — M. Errechnungssatz 50%
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1. — M. (jüngling zwei
letzte Buchstaben), jedes weitere
Wort 60 Pfg. Einzelexemplare und
Schließstellenanzeigen das erste Wort
60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Errechnungssatz 50%
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2. — M., politische und ge-
meinschaftliche Vereine-Anzeigen
2. — M., die Zelle ohne Zuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Anzeigenbüro, Berlin SW 68, Unter-
den-Linden 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Erschreiber: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 30. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Erschreiber: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Pinkertons Sensationschwandel!

Magdeburg, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unser Magdeburger Bezirksorgan, die „Magdeburger Volksstimme“, berichtet über das Ergebnis von Nachforschungen, die sie im Anschluß an die Schwindelmeldung der „Magdeburgischen Zeitung“ über das angebliche Geheimabkommen zwischen den Unabhängigen und Rußland (vgl. „Ein ganz merkwürdige Geschichte“ in der Mittwochs-Morgen-Ausgabe des „Vorwärts“) angestellt hat. Diese Nachforschungen haben ergeben: In Magdeburger Großbetrieben sind zum Teil im Einverständnis mit den Unternehmern sogenannte Detektive als Arbeiter angeheuert, welche die Aufgabe haben, die Arbeiterkraft auszuhebeln und das Ergebnis zur weiteren Verarbeitung an eine Zentrale abzuliefern. In dieser Zentrale werden die Spindelberichte zu Stimmungsbildern aus der Magdeburgischen Arbeiterschaft verarbeitet und in langen Telefongesprächen nach Berlin an die Hauptzentrale weitergegeben. Die Berliner Hauptzentrale ist die antibolschewistische Liga.

Die sich verschiedene Firmennamen nach dem Muster der letzten Tagen entlarvten „Aufsichtszentrale“ bezieht sich auf die Unterzentrale Magdeburgs ist die „Deutsche Wirtschaftshilfe G. m. b. H., Berlin. Das Geschäftsbüro befindet sich in der Kaiserstr. 16. Die Deutsche Wirtschaftshilfe hat Bürolen wohl in allen größeren Städten Deutschlands. Leiter der Magdeburger Wirtschaftshilfe ist ein Herr Stolze-Waldorf, der sich persönlich als Detektiv betätigt und sich oft in einem bekannten Souffleurkeller und in Automaten, die von gewissen Elementen stark besucht werden, herumtreibt, um „Nachrichten“ für seine Auftraggeber zu gewinnen. Die Detektive für die Großbetriebe stellt die sogenannte Pinkerton-Gesellschaft, Kaiserstr. 16, die in Wirklichkeit nur ein Zweigunternehmen der Deutschen Wirtschaftshilfe bzw. der antibolschewistischen Liga ist. Im April d. J. wurden Verhandlungen über die Anstellung von Detektiven zwischen der Pinkerton-Gesellschaft und einem sehr bekannten Magdeburger Großbetrieb und zwar zwischen einem Direktor, dessen Name der „Volksstimme“ bekannt ist, und jenem Herrn Stolze-Waldorf geführt. Die Pinkerton-Gesellschaft ist bei alledem nur ein Deckmantel. Aus dieser Quelle ist auch der Bericht der „Magdeburgischen Zeitung“ geflossen. Der Ueberbringer des Berichtes ist ein persönlich durchaus ehrenhafter Mann, dem der

Spindelbericht in die Hände gespielt wurde. Die „Magdeburger Volksstimme“ macht ferner auf die außenpolitischen Gefahren aufmerksam, die infolge der journalistischen Leichtfertigkeit der „Magdeburgischen Zeitung“ entstehen. So haben im Laufe des Mittwoch drei auswärtige Gesandte im Auswärtigen Amt in Berlin wegen dieser Veröffentlichungen um Aufklärung gebeten. Die Motive für die Veröffentlichung des Spindelberichts durch ein sogenanntes demokratisches Blatt werden in finanziellen Schwierigkeiten bzw. in dem Bestreben gesucht, Anschluß an kapitalistische Kreise — es wird auf den Sinnloskeitszern verwiesen — zu gewinnen. Die Magdeburger Behörden haben sich veranlaßt gesehen, noch vor den Veröffentlichungen der „Volksstimme“ Hausdurchsuchungen in den Räumen der Deutschen Wirtschaftshilfe und der Pinkerton-Gesellschaft zu halten. Ueber das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

Magdeburg, 29. Juli. Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: Die „Magdeburgische Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 449 vom 29. Juli eine aus Dresden, den 28. Juli, datierte Meldung über die Organisation einer Roten Armee in Mitteldeutschland. Die Nachricht, die angeblich aus zuverlässiger Quelle stammt, deren Herkunft aber wohl verschwiegen wird, ist, soweit die Provinz Sachsen in Frage kommt, in ihrem ganzen Umfange falsch.

Inbesondere ist ersichtlich unklar, daß in der Provinz Sachsen irgendwelche geschlossene und bewaffnete Kampfformationen der Roten Armee bestehen. Bisher konnte von keiner Seite ein Beweis dafür erbracht werden. Unklar ist ferner, daß in der Provinz Sachsen irgendwo militärische Feldübungen solcher Formationen mit Waffen stattfänden. Daß seit den Kapp-Tagen gleichmäßig in allen Kreisen der Bevölkerung noch gewisse Waffenbestände zu befinden, ist allgemein bekannt. Die Reichsregierung bereitet gegenwärtig ein Gesetz zur Erfassung dieser Waffenbestände vor. Aus welcher Quelle die oben richtiggestellte Nachricht stammt, ist dem Oberpräsidium nicht unbekannt. Es sind zum Teil Kreise, die früher

den militärischen Dienststellen nahe standen, aber keinerlei amtlichen Charakter mehr besitzen.

Friedliche Verkappung.

Erfolge der U. S. P. Politik.

Gestern Abend war an dieser Stelle der Bericht der internationalen Deutschlandkommission zu lesen, die in den Kapp-Tagen in Berlin weilte und sich infolge des unerwarteten Widerstandes der Unabhängigen vergeblich um die Einigung des Proletariats bemühte. Je weiter wir uns von jenen geschichtlichen Tagen entfernen, desto klarer wird es, daß sie den kritischsten Zeitabschnitt in der inneren Entwicklung Deutschlands seit den Tagen der November-Revolution darstellten. Durch seine Einigkeit, die damals wieder für den Augenblick hergestellt war, hatte das Proletariat die Republik gerettet und sich als ein wichtiger Faktor ersten Ranges erwiesen. Mieß das Proletariat einig, so konnte es seine Macht behalten und erweitern, sonst es aber in seine Zersplitterung zurück, dann mußte es auf der schiefen Bahn zur Diktatur immer tiefer rutschen, und was die Kappisten, diese erbärmlichen Politiker, in vollständiger Verkennung der Lage gewaltsam zu erreichen versucht hatten, mußte sich trotz ihres Mißerfolges auf friedlichem Wege allmählich durchsetzen.

Als erste Folge der Uneinigkeit ergab sich zunächst ein absoluter und relativer Rückgang der sozialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen, die Begeisterung der Unabhängigen, mit den Sozialdemokraten gemeinsam eine Regierung zu bilden, führte mit Naturnotwendigkeit zur Enttötung der ersten rein bürgerlichen Reichsregierung. Und jetzt bröckelt die Arbeitermacht auch in den Einzelstaaten infolge der Abstinenzpolitik der U. S. P. unaufhaltsam weiter ab. Der neueste Fall ist Mecklenburg.

In Mecklenburg-Schwerin erhielt bei den ersten Wahlen zum Landtag, die kurz nach der Revolution vorgenommen wurden, die Sozialdemokratie die Hälfte der Stimmen und errang eine knappe Mehrheit in der Landesversammlung. Obwohl das Land nur wenige Städte und eine sehr schwachentwickelte Industrie aufweist, so hatte doch die Empörung der Landarbeiter und Kleinbauern über den jahrhundertelangen Druck und die despotische Willkürherrschaft des mecklenburgischen Junkertums, das es bis 1918 nicht einmal zu einer Verfassung für Mecklenburg kommen ließ, hier ein Wahlergebnis erzielt, das sich selbst neben den Ergebnissen hochindustrieller Bezirke Mitteldeutschlands sehen lassen konnte. Natürlich begann alsbald die Reaktion wieder, sich zu sammeln und mit der üblichen Schmeißmethode, indem sie die Folgen des verlorenen Krieges der Revolution zur Last legte, für die Wiederkehr reaktionärer Zustände Stimmung zu machen. Bei dem Bürgertum, das 1918 größtenteils demokratisch gewählt hatte, mit dem Erfolg, daß es ins deutsche nationale, deutschvolksparteiliche und mittelständlerische Lager überlieferte.

Aber dennoch hätte die sozialdemokratische Regierung, gestützt auf die Stadt- und Landarbeiter, sich hiergegen behaupten können, wenn ihr nicht die Unabhängigen in den Rücken gefallen wären. 1918 hatten sie bei den Wahlen noch kaum eine Rolle gespielt. Jetzt begannen sie überall mit ihrer Agitation, die sich natürlich ausschließlich und allein gegen die sozialdemokratische Regierung, beileibe nicht gegen die mecklenburgischen Junker und ihren Anhang richtete. Diese im Gegenteil schon schamlos zu tun, wie in die Arbeiterphalanx ein Keil getrieben wurde, und als politisch getriebene Leute taten sie alles, um den Spalt noch zu vertiefen.

Sachlich fand die unabhängige Sache nur sehr geringen Agitationsstoff. Die mecklenburgische Regierung bemühte sich in jeder Weise, eine echte Volkregierung zu sein. Auch die Militärfrage, die anderwärts der unabhängigen Agitation den meisten Nährboden gab, wurde in Mecklenburg vorbildlich gelöst: an die Spitze der mecklenburgischen Sicherheitspolizei trat der wegen seiner republikanischen Gesinnung aus der Reichswehr herausgemergelte Oberst Lange, der eine treuerpublikanische Polizeitruppe schuf, wofür er die weitestgehenden Angriffe des Junkertums einbehielt. In den Kapp-Tagen bewies Lange, daß man sich in ihm nicht geirrt hatte: unbedenklich gab er den Arbeitern Waffen und brachte so den Aufstand des Reichswehrgenerals Lettow-Vorbeck zum Zusammenbruch. Das einzige, was sich der mecklenburgischen Regierung vorwerfen ließ, war eben, daß auch sie keinen Zauberspruch besaß, um das Kriegselend mit einem Schlag aus der Welt zu bannen.

So blieb denn der Erfolg der unabhängigen Agitation gering. Bis zu den neuen Landtagswahlen im Juni 1920 gelang es ihnen nur, der Sozialdemokratie etwa den sechsten Teil ihrer Anhängererschaft abzutreiben. Aber dieses Schicksal sollte zum Verhängnis werden. Infolge der Spaltung und der gegenseitigen Bekämpfung wurde im Juni 1920 eine rein sozialistische Mehrheit nicht mehr gewonnen, die knappe Mehrheit wurde zur knappen Minderheit. Trotzdem war die Situation noch nicht verloren. Zwar wurden Deutschnationale, Deutsche Volkspartei zusammen mit einer ebenfalls reaktionären Mittelstandsgruppe ebenso stark, wie die beiden sozialistischen Parteien zusammen, aber dazwischen standen als ausgleichgebend noch die fünf

Bela Kun darfst abreisen!

Eine vernünftige Entscheidung des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 29. Juli. (WTB.) Am 20. d. M. ist der Franzose Kriegsgefangener Kun, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten, darunter Bela Kun, befinden, in Stettin angehalten worden. — Am 22. d. M. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Kuns stellen werde. Seitdem ist eine Debatte verflohen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angängig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Kuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Der Genfer Bergarbeiterkongress.

Genf, 29. Juli. (TL.) Die englische Delegation an dem Internationalen Bergarbeiterkongress, der in Genf stattfindet, wird 50 Bergleute umfassen. Die Franzosen sind mit 25, die Deutschen mit 35, die Belgier mit 15, Oesterreicher und Ungarn mit je einem Delegierten vertreten. Die Hauptverhandlungsgegenstände sind: Verstaatlichung der Bergwerke (englischer Vorschlag), internationale Verteilung der Kohlen (deutscher Vorschlag). Die Deutschen fordern ferner die Einführung des Sechsstundentages. Das Zentralkomitee hält am Freitag eine Sitzung ab.

Die Entscheidung über Allenstein-Marienwerder.

Deutschland behält beide Bezirke, Polen das Kontrollrecht über die Weichsel.

Paris, 29. Juli. Die Vorkonferenz hat heute auch den Text der Note, durch die später der deutschen und der polnischen Regierung die Weichsel über die Abtretungsbezirke Allenstein und Marienwerder mitgeteilt werden sollen, festgestellt. Nach dem Tempore ist beschlossen worden, gemäß der Vollbestimmung die beiden Bezirke Deutschland zuzusprechen, jedoch soll die Grenzfeststellungskommission die Befugnis erhalten, auf dem rechten Weichselufer die Bestimmungen des Friedensvertrages, der Polen die Kontrolle über den Weichselfluß zuspricht, zur Geltung zu bringen.

Wilson redivivus!

Gingreifen in der Teschener Frage.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, daß Präsident Wilson ganz unerwartet wieder in europäische Angelegenheiten eingreifen beabsichtigt, und zwar anlässlich der Entscheidung der Vorkonferenz in der Teschener Frage, die er nicht anerkennen wolle. Er bestrebe vielmehr auf einer Volksabstimmung.

Uebriens ist man auch in der Tschechoslowakei mit dieser Entscheidung sehr unzufrieden. Die gesamte Presse Böhmens ohne Unterschied der Partei oder der Nationalität protestiert gegen die Abtretung von rein tschechischen bzw. deutschen Gemeinden an Polen.

Das verschobene Jubiläum.

Paris, 29. Juli. Ein Antrag, das Jubiläum der französischen Republik am Tage des Abchlusses des Waffenstillstandes, also am 11. November, zu begehen, ist vom Stammerverschluß angenommen worden.

Dieser Beschluß ist für die in Frankreich momentan herrschende Stimmung charakteristisch. Der fünfzigste Jahrestag der Ausrufung der Dritten Republik ist der 4. September 1920. Die Reaktion aber agitiert schon seit Wochen gegen das geplante Fest, einmal aus Antipathie gegen die republikanische Staatsform, ferner auch wegen des ursächlichen Zusammenhangs mit Sedan. Die Reichspresse sprach letzters im Hinblick auf die beabsichtigte Feier nur noch höhnisch von: „le Sedanstag.“ Die Regierung Millerand, die sich ja zum Teil auf offene Feinde der Republik stützen muß, hat vor dieser Fege nicht standzuhalten gewagt und die Feier verschoben, was zugleich eine klägliche politische „Schlebung“ bedeutet.

Sozialistischer Antrag im Palais Bourbon. Die sozialistische Fraktion der französischen Kammer hat eine Entschließung eingebracht, durch die die Regierung aufgefordert wird, kein Abkommen über die Wiedergutmachung zu unterzeichnen, ohne vorherige Zustimmung der beiden Parlamente.

Spe in der belgischen Kammer. Auch die belgische Kammer hat ihre Spa-Debatte gehabt. Das Ergebnis der Konferenz wurde von verschiedenen Rednern als für Deutschland zu vorteilhaft kritisiert. Ministerpräsident Delacroix verteidigte dagegen die geschlossenen Abkommen.

übergebliebenen Demokraten im Landtag. Mit diesen zusammen hätten die beiden sozialistischen Parteien eine neue, durchaus linksgerichtete Regierungsmehrheit schaffen können. Hier aber legte die glorreiche Strategie der Unabhängigen ein. Obwohl gegen die Sozialdemokratie nur ein kleines Brückchen der äußersten Linken waren ihre Stimmern doch notwendig, um die neue Regierungsmehrheit zu schaffen. Aber auch in Mecklenburg siegte bei den Unabhängigen die Politik der Selbstauschaltung. Sie weigerten sich, in die Regierung einzutreten. Aber noch mehr, sie weigerten sich auch, eine sozialdemokratisch-demokratische Regierung durch wohlwollende Neutralität zu ermöglichen. Vier Wochen lang wurde hin- und herverhandelt, aber alle Versuche, eine Regierung der Mitte zu ermöglichen, scheiterten an dem bornierten Fanatismus der Unabhängigen. Und so entstand schließlich das Resultat, daß Mecklenburg-Schwerin ein Ministerium der Rechten bekam, an dessen Spitze ein deutscher Volkspartei steht. Das bis 1918 vom jungerlichen Absolutismus geforderte Land ist damit der Reaktion wieder preisgegeben, einzig und allein durch die Schuld der Unabhängigen.

Ueber dieses Resultat dürfte niemand erstaunt und erzürnt sein, als die Wähler der Unabhängigen selber, die bei ihrer Stimmabgabe die Konsequenz nicht geahnt haben. Am Vorabend der Wahl lagte in einer tiefen Versammlung in Kostod der sozialdemokratische Redner in Voraussicht der kommenden Dinge: „Wer unabhängig wählt, der gibt einen Stimmzettel für die Reaktion ab.“ Damals erhoben die anwesenden Unabhängigen ein Hohngelächter und Entrüstungsgeräusch. Heute zeigt sich, daß die Voraussage leider nur allzu zutreffend war. . . .

So erdienen die Kapp-Tage im Licht der späteren Ereignisse nur als ein neues Kapitel in der Tragikomödie der Menschheit. Die Kappisten kämpften für etwas, was ihnen durch die Politik der U. S. V. ganz von selber in den Schoß fallen mußte. Die Arbeiterkämpfe bekämpfte aber durch den Generalkrieg etwas, was sie auf die Dauer nicht aufhalten kann, wenn sie die politischen Mittel dazu nicht zu handhaben versteht. Gehr das so weiter, so wird der Schluß ein Verzweiflungsausschrei sein, nach dem das Proletariat nur noch in tiefere Ohnmacht versinken wird.

So erweist sich die U. S. V. als der Totengräber der Arbeitermacht in Deutschland.

Die Verfolgung der Kriegsverbrecher.

Langsamer Gang des Verfahrens.

Wie das „Leipziger Tageblatt“ von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bislang insgesamt 1012 Straffachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Hiervon entfällt die überwiegende Zahl, insgesamt 888 Sachen, auf die Angehörigen der G. V. Die Oberreichsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Akten über die Verbrechen der Angehörigen ein Einsehen überhaup t ermöglichen. In 27 Fällen mußte die Einstellung des Verfahrens weilen, weil die Beschuldigten gestorben waren. Im übrigen befinden sich von den oben genannten 888 Fällen 857 im Stadium des Ermittlungsverfahrens. Die Bemühungen des Oberreichsanwaltes, die Ermittlungsverfahren mit möglicher Beschleunigung zu Ende zu führen, scheitern an Umständen, die von seinem Willen unabhängig sind. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren wird insbesondere dadurch außerordentlich verzögert, daß sowohl die früheren als auch die neuen Auslieferungslisten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten zur Last gelegten Taten, insbesondere aber über das für die Beschuldigungen erforderliche Beweismaterial vermessen lassen. Das Bestreben des Oberreichsanwaltes muß deshalb in erster Linie darauf gerichtet sein, den Tatbestand der Beschuldigungen ausreichend herzustellen, den Entschuldigungen über die Erhebung der öffentlichen Klage treffen zu können. Zu diesem Zweck

hat er sich, da die Angehörigen und ein großer Teil des Beweismaterials sich in den Entente-Ländern befinden, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes an die ehemals feindlichen Regierungen mit dem Ersuchen um genaue Bezeichnung der fraglichen Handlungen, Aufklärung von Widersprüchen und Beschaffung von Beweismaterial gewandt. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Juristischer Vorbereitungsdienst für Frauen.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Genossin N u c h a c z und Genossin Prof. Dr. K a d b r u c h haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gestellt:

Nach Artikel 109 der Reichsverfassung haben Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Diese Bestimmung eröffnet den Frauen den Zugang auch zum Richter- und zum Gerichtsschreiberamt, zur Staats- und zur Rechtsanwaltschaft. Bisher ist jedoch das Gerichtsverfassungsgesetz und die Rechtsanwaltsordnung noch nicht entsprechend abgeändert worden.

Sollen in absehbarer Zeit — spätestens beim Inkrafttreten der künftigen Strafprozessordnung — weibliche Justizbeamte und Anwälte herangezogen, so muß die Änderung der erwähnten Gesetze schonunglos durchgeführt werden. Löhne sie ist die vorantworliche Tätigkeit als Gerichtsschreiber, Amtsanwalt, Verteidiger und Richter im juristischen Vorbereitungsdienst für Frauen unmöglich und damit die Zulassung zum Vorbereitungsdienst und zur zweiten juristischen Prüfung erschwert. Die Frauen, die jetzt am Abschluß ihrer juristischen Studien stehen, verlieren für ihren Bildungsgang die Zeit bis zur gesetzlichen Ermöglichung des Vorbereitungsdienstes.

Wenn gedankt die Reichsregierung eine Vorlage einzubringen, welche das Gerichtsverfassungsgesetz und die Rechtsanwaltsordnung dem Artikel 109 Abs. 2 der Reichsverfassung anpaßt?

Es dauert lange, bis die einzelnen Artikel der Verfassung durch die Gesetzgebung in Kraft gesetzt werden. Vor einigen Wochen ist im preussischen Abgeordnetenhaus ein Antrag, der das gleiche wie die obige Anfrage forderte, abgelehnt worden. In den verschiedenen Bundesstaaten wird die Frage auch in der Praxis ganz verschieden behandelt. Aber immer mit dem Erfolg, daß die Frauen, die sich dem juristischen Studium gewidmet haben, irgendwo auf ihrem Wege stecken bleiben. Und doch — wie not täten uns weibliche juristische Beamte, Richter und Rechtsanwältinnen, ganz besonders im Hinblick auf die Strafrechtspflege für jugendliche und auch für Frauen. Hier gilt es baldigst einen selbstverständlichen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit dem weiblichen Geschlecht gegenüber zu vollziehen und zugleich in hohem Maß ohne viel Geldaufwand der Allgemeinheit zu nützen und den Fortschritt zu fördern. Stillstand ist Rückgang.

Befahrungstruppen passieren lassen!

Berlin, 20. Juli. Zu den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Verlagerung von Truppen und Kampfmateriel der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriegs-Polen gegen Sowjetrußland verwendet werden sollen, erfährt W. W. von zuständiger Seite folgendes:

Es gehen regelmäßig Nachschube und Abschube zu und von den in den Abnahmungsgebieten Ostpreußen, Westpreußen und Ober-Schlesien stationierten Befahrungstruppen. Diese Transporte laufen von Bismarckshelm nach Sagan über die Strecke Frankfurt-Süd-Hannau-Ost-Nieden-Wienstein-Gerungen-Erfurt-Weihenfels-Leubach-Taraba-Silberburg-Falkenberg-Korbuz-Sagan, und zwar in der Weise, daß an die regelmäßigen am Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verkehrenden Züge sowie an die Montag, Mittwoch und Freitag verkehrenden Kurierzüge einige Wagen mit Mannschaften und Material, darunter auch für die Schutzhütten der Truppen erforderliche Num-

tion angehängt werden. Die Transporte gehen von Sagan weiter nach Oppeln für Ober-Schlesien über die Stationen Biegnitz-Ralsch-Rochow-Brodau-Carlsmarkt, während von den am Sonntag und Donnerstag verkehrenden Zügen eine Wagengruppe für West- und Ostpreußen nach Deutsch-Eulau abgezweigt wird. Entsprechend verkehren regelmäßig Nachschube über dieselben Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zweck, die Befahrungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen und werden daraufhin von den zuständigen Stellen regelmäßig kontrolliert.

Die Bevölkerung der Ostprovinzen, welche diese regelmäßigen Transporte passieren, kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden, sich von irgendwelchen alarmierenden Gerüchten über den Charakter dieser Transporte demütigen oder sich gar zu einer unbefonnenen Haltung ihnen gegenüber verleiten zu lassen. Die Transporte erfolgen durchaus in Uebereinstimmung mit der Ausführung des Friedensvertrages hinsichtlich der östlichen Abnahmungsgebiete, und zwar bereits seit Monaten, stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen und können daher nicht im geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Ostjuden einst und jetzt.

Vergessenes Liebeswerben Ludendorffs.

Der Hauptauschub des Reichstages hat am Mittwoch einen Antrag der Deutschnationalen gegen die „Rasseneinwanderung fremdkämmiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze“, mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien, auch der Demokraten, angenommen. In der Praxis richtet sich dieser Antrag gegen die Ostjuden, denn gegen die Rasseneinwanderung russischer Emigranten aus dem „Ael usw.“, die namentlich in Berlin große Teile der vornehmen Wohnviertel für sich mit Beschlag belegt haben, hat noch nie ein Deutschnationaler etwas einzuwenden gehabt, auch nicht gegen die zahllosen russischen Abenteuer und Offiziere, die für die gegenrevolutionären Armeen werden und allerhand Beziehungen zwischen deutschen und russischen Monarchisten anknüpfen.

Bei dieser Gelegenheit muß doch daran erinnert werden, daß die Deutschnationalen den Ostjuden gegenüber nicht immer eine so feindselige Haltung angenommen haben. Als 1914 zum erstenmal die deutschen Armeen in Kongreßpolen einrückten, da erließ die deutsche Oberste Heeresleitung in Oden, also Herr Ludendorff, einen wunderschönen Kurus „An die Herren Juden in Polen“. In reinem „Jiddisch“, dessen man ihn gar nicht für fähig hätte halten sollen, versicherte Herr Ludendorff den Ostjuden, daß die Deutschen als ihre Befreier kämen. Sorgfältig waren alle Exandanten des Jotismus gegen die Juden, alle Unterdrückungen, Pogrome usw. angeführt, um im Anschluß daran zu zeigen, wieviel besser die Juden in Deutschland behandelt würden. Ja, es war einmal. . . .

Die bayerische Fremdenpolitik.

München, 20. Juli. In Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation über die Fremdenpolitik der bayerischen Regierung führte Ministerialrat Belmeier im Landtag aus, daß die bayerischen Fremdenverordnungen auch vom Reich bisher nicht beanstandet worden seien. Jede Ausschreibung und jede Mißhandlung eines von der Ausweisung Betroffenen mißbillige die Regierung auf das entschiedenste. Eine einheitliche Regelung der Frage der Fremdenpolitik habe die bayerische Regierung beim Reich schon wiederholt beantragt. Das Reich sei aber bisher darauf nicht eingegangen. Weiter bemerkte der Redner, daß der Regierung von Repressalien ausländischer Staaten gegen Bayern nichts bekannt sei. Die erfolgten Proteste seien befriedigend erledigt worden.

Die Löwener Bibliothek. Die erste Buchersendung aus Deutschland zur Wiederherstellung der Löwener Universitätsbibliothek ist heute in Löwen eingetroffen. Sie umfaßt annähernd 10 000 Bände.

Sozialdemokratie und humanistisches Gymnasium.

Von Hugo Schulz.

Was Dr. Erich Witte hier kürzlich für die Abschaffung des lateinischen und griechischen Unterrichts an den Gymnasien vorgebracht hat, kann nicht ohne Erwiderung bleiben. Seine Argumente klingen zwar recht plausibel, aber doch nur für den, der nicht entwicklungsgeschichtlich zu denken vermag. Wenn wir ihm folgen, müßten wir ja im Jugendunterricht mit aller bisherigen Geschichte brechen und die Inhalte der älteren französischen oder englischen Literatur den lernenden Knaben ebenso vorenthalten wie die der antiken. Von Gleichberechtigung der Bürger war im England Shakespeares und im Frankreich Corneilles noch weit weniger die Rede als in Athen, dessen Geschichte Dr. Witte übrigens ganz falsch aufstellt. Wenn er z. B. die Solonische Klasseneinteilung mit dem preussischen Klassenwahlrecht in eine Linie bringt, so ist das, gelinde gesagt, ein arger Schimpf, denn sie hatte gerade den entgegengesetzten Sinn. Die Solonischen Klassen schufen keine Vorrechte für die Besthenden, sondern belasteten sie im Gegenteil mit schwereren Pflichten. Schon aus der Solonischen Verfassung, die bloß den Aufstuf der demokratischen Verfassungsgeschichte Athens bildet, ist für unsere Jugend viel zu lernen, aber selbst wenn uns das antike Schicksal kein anderes Zeugnis demokratischer Denkwelt erhalten hätte als die Rede, die Demosthenes den Perser über die Verfassung Athens halten läßt, so wäre damit für uns ein Schatz aus dem Altertum herübergerettet, den gerade wir hegen müßten für kommende Geschlechter. Ja, aber die Sklavereiwirtschaft! Jene Sklavereiwirtschaft, die auch noch modernen und obendrein christlich erzogenen Vahnbrechern der Demokratie wie Washington und Franklin noch unentbehrlich schien! Die studierende Jugend soll also nichts davon erfahren, daß die antike Kultur an diesem Uebel zugrunde gegangen ist? (Latifundia perdidit Italia!) Soll sie auch nichts von den großen Sklavereibeherrschern erfahren — nicht von Spartakus? Damit ist dann etwa, wie das unter den Berliner Arbeitern üblich ist, Spartakus von „Sparta“ abgeleitet, weil das eine kommunistische Republik gewesen sei! Dabei nebenher zu bemerken wäre, daß allerdings auch die Kenntnis der Geschichte Spartas, zumal aber der späteren, ein wesentliches sozialistisches Bildungselement ist. Oder würde sich Dr. Witte entschließen, auch die Reformbewegung des Königs Apis V. oder gar die tragische Selbstgestalt des antiken Volkshelden Alcemenes III. aus dem Geschichtsbuch der studierenden Jugend zu entfernen?

Man erfährt schon aus diesen Hinweisen, wie tief und vor allem wie unbillig gedacht alle Einwände Dr. Wittes gegen den Erziehungswert der Inhalte des antiken Schrifttums sind, die nach seiner Meinung die Jugend in einem Sinne beeinflussen, der unseren Ideen entgegengesetzt ist. Man darf mit Zug sagen, daß gerade das Gegenteil richtig ist, denn die nackte, brutale Offenbarkeit der antiken Klassenkämpfe macht die Geschichte des Altertums zu einem unübersteiglichen Seminar historischen Erkennens. Aus der alten Geschichte kann niemand den Klassenkampf wegleugnen, aus der modernen sucht ihn

die bürgerliche Geschichtsschreibung immer wieder anzuschalten und da ein Aufgebund zu legen, wo er ein nebenjähliches und unsympathisches Epochenroste spielen darf.

Wenn es selbst wirklich wahr wäre, daß Cäsar, der klassische Artus des „Götterkriegs“, für den politischen Unterricht der Zukunft nichts zu bedeuten hat, weil sich ähnlicher ihm und Vebel, dem klassischen Artus des proletarischen Vorkämpfers, eine tiefe Klüft aufstuf — was würde das gegen Plato beweisen? Daß von Plato zu Vebel eine Brücke führt, wird Genossin Witte wohl zugeben und er wird vielleicht sogar zugestehen, daß die Feststellung und Abzeichnung der Konturen dieser Brücke geradezu den Hauptinhalt alles geistesgeschichtlichen Unterrichtes bilden sollte.

Genossin Witte ist vor allem Vagant, und das ist der Grund, weshalb er das Kind mit dem Bade ausschüttet, ja sogar überfließt, welche hervorragende Rolle des stillen Antreibes die geschichtlichen und legendarischen Inhalte der antiken Literatur in den bisherigen Freiheitskämpfen gespielt haben. In der Geschichte des Altertums nimmt allerdings Krieg und Gewalttat großen Spielraum ein. Ja, sollte es aber für eine verderbliche Vagel-Strah-Weidagogik, wenn man den Krieg vor der Jugend möglichst verschweigen will, denn man macht ihn ihr dadurch um so romantischer. Eine solche Erziehung könnte auch gar nicht folgerichtig durchgeführt werden, es sei denn, daß sie sich entzweigt, dreiviertel der ganzen Weltliteratur auf den Index zu legen. Wenig bliebe da für die Jugend übrig, darunter aber an allererster Stelle ein griechisches Werk — nämlich die Antigone des Sophokles, das erste Hohenlied der Nächstenliebe, das der Menschheit auf ihrem Lebenswege gelungen wurde. Auf griechisch sind die Hohenworte gesprochen worden: Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da.

Dr. Witte hält seinen Kampf gegen das Lateinische und Griechische für eine sozialdemokratische Sache und scheint nicht zu wissen, daß die Bourgeoisie des wilhelminischen Zeitalters ihn mit denselben Argumenten gelämpft hat. In ihrer Spitze stand der Kaiser selbst, für dessen oberflächlichen Reformeifer das gerade die richtige Sache war. Es handelte sich darum, den Söhnen der Reichen den Weg zu den akademischen Graden bequem zu machen und aus den Gymnasien gerade die geistige Schwerarbeit, die der altproletarische Drill verurteilt, hinauszuwandern. Man hatte, wie gesagt, dieselben Argumente, nur blieb es damals, daß das Studium der alten Sprachen von den nationalen Idealen ablenke und den Sinn für des eigenen Volkes Herrlichkeit erlöste. Es wird das auch der Grund sein, warum keiner der Altbildologen ihren Nationalismus so demonstrativ zur Schau tragen, in der Sache selbst liegt keiner. Auch im Interesse der Arbeiterklasse liegt keiner, denn sie hat gar keinen Grund, den Herren Studenten, die auf bequemere Weise Doktor werden möchten, Vorparadiese zu leisten. Der Altproletarunterricht ist ein unübersteigliches und unerlegliches Mittel der geistigen Disziplinierung des Denndrills, kein anderer Unterrichtsgegenstand vermag auch nur annähernd soviel für die Schulung des theoretischen und kritischen Sinnes zu leisten. Das beständig jede praktische Erziehung. Die Naturwissenschaften hoch in Ehren, allein es ist nicht zu bezweifeln, daß die Lektüre der Briefe Ciceros zu den menschlichen, den sozialen und den staatlichen Problemen

lebendigere Beziehungen herstellt als die mathematische Ableitung des Pendelgesetzes. Zu all diesen Erwägungen tritt noch die unabweisliche Notwendigkeit des praktischen wissenschaftlichen Betriebes. Soll man die ganze bisherige wissenschaftliche Literatur, die tausende griechische Begriffsbestimmungen enthält und täglich noch neue schafft, umarbeiten? Wenn aber nicht, so ist es angebracht dieser tausende griechischer Worte, die sich jeder Studierende einzeln einprägen müßte, doch ökonomischer, wenn er lieber gleich griechisch lernt.

Witte ruft die geistig hochgekommenen Proletarier als Schwurzeugen für seine Auffassung auf. Kann man nicht ein Ebert werden, ohne Griechisch gelernt zu haben? Ja, man kann es und niemand hat es bestritten, daß man auch ohne humanistische Grundlage ganz ebenso wie ohne Mathematik und Chemie ein geistiger Mensch werden kann. Sogar ein hochgebildeter Mensch, denn Talent und Fleiß vermag sich auch dann den Weg zur Erkenntnis zu bahnen, wenn es der methodischen Schulung entbehren muß. Die Eberts und Scheidemanns hatten es aber nicht leichter, auf die Höhen des Geistes zu gelangen als andere, sondern schwerer, viel schwerer, denn sie mußten nehmen, was ihnen die Lektüre eben bot und sie mußten zeitraubende Umwege machen, um zum Ziele zu gelangen — das heißt zu einer Bildung, die ihrem Wesen nach trotzdem eine vorwiegend humanistische ist.

Alles, was wir geistig besitzen — alles ohne Ausnahme — stammt letzten Endes aus dem Erbe, das uns die ungeheure geistige Schöpferkraft der Vorfahren hinterließ. Wir haben dieses Erbe sehr bescheidenlich hinzuzufügen vermocht, aber wenn es uns plötzlich abhanden käme, würden wir völlig verarmen. Es ist unsere Pflicht und zugleich die Voraussetzung jedes geistigen Fortschrittes, daß wir uns unseres Zusammenhanges mit dem klassischen Altertum und unserer geistigen Abstammung von den Griechen immer bewußt bleiben. Zur Pflege dieses Bewußtseins, zu seiner Verbreitung und kulturellen Ausbreitung ist es unerlässlich, daß immer eine stattliche Anzahl von Männern da ist, denen die alten Sprachen eingedrillt worden sind. Nur uns Sozialdemokraten handelt es sich nicht darum, die Quellen dieses Bewußtseins zu verächtlichen, sondern sie zu erschließen für alle begabten Söhne des Arbeitenden Volkes, auf daß in Zukunft die Scheidemanns und Eberts es nicht mehr nötig haben, sich ihren Weg zu den Höhen der Erkenntnis ohne Ruffole durch Dorn und Dornbüsch zu bahnen.

Vollschweizismus. Gehanten Dr. Simons, Kassenminister Dr. Simons (am Rande): „W. D. I. Der Vollschweizismus hat imposante Arbeit geleistet, namentlich durch die Vereinfachung der Kreislaufrechnung.“ (Am Dienstag): „Dabei gleich der Vollschweizismus einer alles verzehrenden Plamme. Die Bedeutung, was sie erschuf, und wie ein rauchendes Zimmerlicht unter ihr zuwächst.“ (Am Mittwoch): „Des-galb mochte ich immer wieder, im Vollschweizismus nur einen Wahnhaufen zu sehen. (Nach einige Tage später): „Da meine Ausführungen über den Vollschweizismus andauernd mißverstanden werden, so erlaube ich mir hier, eine genaue Definition zu geben: Der Vollschweizismus ist nach meiner Ansicht ein reichendes Kaminsch, das keine Eier in fremde Keller legt, um aus deren Nischen den Vögeln anzuhängen, vor dessen Vorkäuflichkeit Europa zur Schatzkammer erharrt, aus der Milch und Honig fließen.“ — Ich glaube, nun allgemein verstanden worden zu sein.

Siedlungsarbeit.

Das Werk von Völpe.

Die Siedlungsarbeit hat eingesezt, in den verschiedensten Formen und auf verschiedensten Wegen wird vorwärts geschritten, unendlich große Schwierigkeiten müssen überwunden werden, die den Siedlern erspart bleiben könnten. In der Presse hatte die Tatsache, daß ein ehemaliger aktiver Hauptmann mit 60 Erwerbshufen aus Ragdeburg am 2. Mai 1919 in das Braunfohlen- und Kallreiver Helmstedt-Völpe zog, um durch „Arbeit zur Siedlung“ zu gelangen, seinerzeit eine besonders eingehende Beachtung gefunden. Ein Hauptmann an der Spitze, Rossegardist usw., das erregte das Mißtrauen der politisch organisierten Arbeiter. Bei der ungeheuren Bedeutung der Siedlungsarbeit für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist es jedoch eine ernste Pflicht, alle Mittel und Unternehmungen, die der Erreichung dieses großen Ziels dienen sollen, vorurteillos zu prüfen. Was hat es mit diesem Hauptmann Schmuide und seiner Völpe Siedlung nun eigentlich auf sich? Schmuide ist ein 34jähriger Mann, der ein Auge und Ohr durch eine Handgranate verloren hat, ein durchaus natürlicher Mensch, der, frei von jeglichem Dünkel, es versteht, sich durch Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit das Vertrauen von Arbeitern erwerben zu können, indem er begeistert, mit eigenem Beispiel voraussetzt, d. h. „führt“ und es unterläßt zu „befehlen“. Wer Geld hat, kann sich eine Heimstätte bauen und einen schönen Garten anlegen lassen, wer kein Geld hat, muß diese Arbeit selbst leisten, wenn er zum gleichen Ziel gelangen will. Von den 60 Erwerbshufen, die mit Schmuide in den Bergbau zur Arbeit gingen und in der Freizeit den Aufbau der Siedlungen vornehmen wollten, haben nur 18 ausgehalten. Den anderen fehlte die Willenskraft, über alle Benennungen und Schwierigkeiten hinweg bis zu einem Erfolg durchzuhalten, sich im Geist genossenschaftlicher Arbeit den Erfordernissen des Gesamtstrebens unterzuordnen. Die Opponenten und Strohseiler verdrängten, aber an den Rest von 18 haben sich 600 andere Arbeiter angeschlossen, die heute in 2 Ortsgruppen das Siedlungswerk aufgenommen haben. Zum Siedeln gehören Land, Arbeit und Material. Land und Arbeit zu erlangen, ist eine Verwaltungsaufgabe, Arbeit zum Aufbau zu leisten, aber eine rein persönliche Angelegenheit. Die Landbeschaffung hat bedauerlicherweise außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, denn die Enteignungsgesetze sind durchaus unzureichend, und die Provinzialsiedlungsgesellschaften, die „gemeinnützigen“, fragen stets erst, was sie bei dem Geschäft „verdienen“. Das ist ein Kapitel, das an anderer Stelle zu besprechen ist. Aus stillgelegten Ziegeleien und Sädhäfen, aus Steinbrüchen usw. haben sich die Völper nach der achtmündigen Arbeit in den Werken mit Hilfe ihrer Frauen und Kinder die Baumaterialien zur eigenen Baustelle geschafft, und eine große Zahl von Eigenheimern von 60 Quadratmeter Grundfläche, Keller, Manjorde und Stallung auf den zwei Morgen großen Siedlungsstellen stehen heute fast fertig.

§ 4 des Vertrages zu gegenseitiger Hilfe lautet: Jeder Siedler ist verpflichtet, alle geforderten Arbeiten, die nicht unbedingt einem Handwerker überlassen werden müssen, in gegenseitiger Hilfe zu verrichten. Wer das jeweils fertige Haus erhält, entscheidet das Los. Die von den Siedlern geleisteten Arbeitsstunden werden angeschrieben und verrechnet. Zu bemerken ist, daß es sich um Siedlungen in Dörfern handelt, in denen die Siedler selbst provisorisch untergebracht sind, oft mehrere Familien in einer Wohnung. Von diesen jetzigen Behausungen zu den Baustellen sind nur kurze Wege, dagegen liegen die Arbeitsstellen im Bergbau leider oft sehr weit entfernt.

Neben dieser Bauarbeit haben die Siedler jedoch ihre zwei Morgen Land gärtnerisch bestellt und dank der gegenseitigen Hilfe in überraschend schönen Zustand gebracht. Die Verwaltung, die so einfach und billig als denkbar geleitet

wird, liegt in den Händen eines erfahrenen Siedlungsfachmannes, Schmuide, der an der Unterbringung der zur Entlassung kommenden Soldaten in Moorriedlungen jetzt arbeitet, greift in Völpe ein, wenn seine Persönlichkeit gebraucht wird, um Schwierigkeiten zu überwinden. Das hier praktisch erprobte System, das für willensstarke Menschen, die von genossenschaftlichem Geist befeelt sind, geeignet ist, wird sich durchsetzen.

Ein anderes, gleichfalls vorbildliches System finden wir bei der Gärtnersiedlungsgenossenschaft in Schwante bei Kremmen. Hier haben 160 Siedler ein 1600 Morgen großes Rittergut unter Verlosung eines Restantes besiedelt. Auch hier arbeiten die mittellosen Siedler als Lohnarbeiter in der Ortsgemeinschaft und in ihrer Freizeit auf der eigenen Siedlungsstelle. Ein eigener elektrischer Tischlereibetrieb und die Herstellung von Schlackensteinen erleichtern den Bau der Häuser. Der Einkauf von Sämereien, Dünger usw. sowie der Verkauf der gärtnerischen Erzeugnisse nach Berlin erfolgt genossenschaftlich. Lichtige Sachleute stehen auch hier an der Spitze.

Die Siedlungsgenossenschaften kriechen wie Bilze aus der Erde, aber nicht jeder, der eine Genossenschaft gründet, ist geeignet, solche Unternehmungen auszubauen, zu leiten und die Ersparnisse von Arbeitern und Angestellten so zu verwenden, daß sie vor Verlust geschützt sind. Große Vorlicht ist am Platze, denn die Siedlung ist heute unglaublich schwierig. Es erscheint uns dringend notwendig, daß alle Siedlungsgesellschaften einer durchgehenden Kontrolle bezüglich der Solidität ihres Aufbaues und ihrer Geschäftsführung unterworfen werden, anderenfalls Ereignisse eintreten werden, die der Siedlungstätigkeit gewaltigen Schaden zufügen können. Zum Siedeln gehören als Führer Fachleute und Persönlichkeiten, die andere mit sich fortzureißen verstehen, die aber Charaktere sein müssen, um jegliches Mißtrauen auszuwischen, damit in der ganzen Genossenschaft jeder seine volle Kraft in den Dienst des ganzen Werkes bedingungslos zu stellen vermag.

Groß-Berlin

Am Lehnisee.

Mit den Vorortzügen der Nordbahn fahren wir vom Stettiner Vorortbahnhof oder vom Bahnhof Gesundbrunnen bis Lehnitz. Die von alten Birken besäumte Florastraße bringt uns an das Ufer des Lehnisees.

Der Lehnisee gehört zur Gattung der Rinnenseen, wie sie von den Schmelzwässern des eiszeitlichen Inneneises in den vergletschert gewesenen Gebieten, zu denen auch die Mark Brandenburg gehört, vielfach ausgeführt wurden. In nordost-südwestlicher Richtung erstreckt er sich 2 1/2 Kilometer lang durch das Land, während seine größte Breite nur etwa 500 Meter beträgt. Der Rinnenzug, der sich im Norden in dem Grabowsee fortsetzt, verläuft östlich neben dem Tal der Havel, in das er südlich von Lehnitz wieder einmündet. Bei Anlegung des Großschiffahrtswegs Berlin-Stettin wählte man von Holz bis Lehnitz diese Strecke, die einen geraderen und kürzeren Lauf des Kanals ermöglichte als die im westlichen Bogen sich herumziehende, reich gewundene Havelumflerung.

Im südlichen Teil reichen auf beiden Ufern menschliche Siedlungen bis dicht an den See. Auf unserem Ufer liegt Lehnitz, auf dem jenseitigen Ufer sehen wir die Wasserwerke und die Eiswerke Dranienburgs. Den nördlichen Teil der Ufer nehmen auf beiden Seiten Waldungen ein. Das nördliche Ende des Sees bezeichnet die weithin sichtbare eiserne Brücke über den Großschiffahrtsweg.

Unser Pfad schlängelt sich unmittelbar auf dem Seeufer hin. Ein schmaler Schilf- und Biesengürtel nimmt die schmale Holzzone ein, häufig von Erlendbuschbüschen unterbrochen. In geringer Entfernung begleitet den See der von Kiefernwald bestandene Höhenrand. Der Pfad bringt uns zur Ein-

mündung des Stintgrabens, der die Verbindung des Grabowsees mit dem Lehnisee bildet. Westlich des Fließes wandern wir gen Nord bis zur Chauffee, überschreiten das Fließ und wählen nun den schmalen Steig auf dem Ostufer, der uns weiter gen Nord bis zur Augusta-Viktoria-Brücke bringt. In eisendem Lauf riefelt das Fließ durch den lichten Kiefernwald, mitunter beträchtlich eingeschnitten in den Waldesgrund. Kurz vor der Brücke zeigt uns ein Gelenbruch, auf dem sich teilweise schon Birken angesiedelt haben, daß hier das Fließ einst einen kleinen See bildete, der jedoch im Laufe der Zeit verlandet ist.

Von der Brücke wandern wir gen Ost und dann den zweiten Weg gen Süd zur Chauffee zurück. Dem Kiefernwald sind häufig alte knorrige Eichen beigegeben. Auch die Chauffee wird abwechselnd von stattlichen Buchen und Eichen besäumt, die vielfach Spuren von Sturm und Wetter erkennen lassen, denen sie standgehalten haben. Neben die Kanalbrücke hinweg und dann in südwestlicher Richtung gelangen wir auf guten Promenadenwegen durch schönen Kiefernwald nach Dranienburg, dem freundlichen Städtchen an der Havel.

Jenseits des Flusses, umgeben von einem großen, schönen Park, liegt das ehemalige Schloß, dessen Räume jetzt ein Lehrerseminar beherbergen. Das Stadtbild Dranienburgs zeigt uns verschiedene Gebäude aus roten Backsteinen in niederländischem Stil, wie z. B. das Ballehaus für Beamtenkinder gegenüber der Mündung der Mittelstraße. Diese Baulichkeiten entstammen der Zeit nach dem dreißigjährigen Krieg, in der sich vielfach der Einfluß der Niederländer in der Mark Brandenburg bemerkbar machte.

Mit dem Rundgang durch Dranienburg beschließen wir die heutige Wanderung. Von dem in der östlichen Vorstadt gelegenen Bahnhof treten wir die Heimkehr an.

Die Katastrophe der Straßenbahnen.

Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein dürfte, richtete vor einigen Wochen der Verband der Straßenbahnen an den Zweigverband Groß-Berlin eine Eingabe, worin derselbe die den Straßenbahnen drohende Katastrophe mit den Lohnsteigerungen der Arbeiter und Angestellten in Zusammenhang zu bringen suchte und davor warnte, auf der beschrittenen Bahn weiter fortzufahren. Daß die Rohmaterialien- und Strompreise gegenüber den Arbeiter- und Angestelltenlöhnen um das Mehrfache gestiegen sind, wurde in jener Eingabe geschildert. Wir betonen, daß den Arbeitern und Angestellten nicht zugemutet werden könne, in einen Abbau ihrer an sich sehr bescheidenen Einkommen einzuwilligen, solange die Preise für die nötigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht herabgesetzt würden.

Wenn gleichwohl in einer Reihe von Städten die Straßenbahnen ihren Betrieb infolge Unwirtschaftlichkeit haben einstellen müssen, so könne das den Grundlag, daß den Angestellten ein Existenzminimum gewährt werden müsse, nicht umstoßen.

Wie wir jetzt der neuesten Nummer der „Verkehrstechnik“ entnehmen, soll in Dortmund demnächst der 8 1/2-Stundentag zur Einführung kommen. Das geschieht infolge eines Schiedsspruches, den der Reichskommissar Medlich gefällt hat und wonach den Straßenbahnen wohl eine tägliche Zulage von 4 M. gewährt, dafür aber der 8 1/2-stündige Arbeitstag eingeführt wird. Neben diesen Schiedsspruch herab unter den Dortmunder Straßenbahnen Erbitterung. Der Reichskommissar hat daraufhin jetzt den Dortmunder Zeitungen eine Begründung seines Spruches übersandt, die auch für andere Städte von Interesse ist. Es heißt darin u. a.:

„Bei den Verhandlungen über erneute Lohnforderungen der Straßenbahnen machten die Internationales geltend, daß es ihnen ganz unmöglich sei, erneute Löhne auf sich zu nehmen, da die Preissteigerung eine Erhöhung nicht mehr gestatteten, wenn nicht ein weiterer erheblicher Anstieg an Rohmaterialien eintreten sollte. Diese Vorlegungen konnten nicht glattweg widerlegt werden. Es ist bekannt, daß die Tarifpreiserhöhungen eine erhebliche Abwanderung der Fahrgäste herbeigeführt haben. Eine weitere Erhöhung würde die Einführung zahlreicher Werke zur Folge gehabt haben und da-

911 Segen der Erde.

Roman von Kurt Hamjun.

Dieser Mann hielt also das Gesicht des Bezirks in seiner Hand, und man mußte sich mit ihm abfinden. Um wieviel würde Geißler wohl im allerletzten Fall seinen Berg verkaufen? Darüber mußte man ins Reine kommen. Die Schweden hatten ihm fünfundsiebzigtausend geboten, das hatte Geißler abgelehnt. Aber wie, wenn nun das Dorf, wenn die Gemeinde den Rest zuldoh, damit das Geschäft zustande kam? Wenn es nicht eine gar zu ungereimte Summe war, würde es sich lohnen. Sowohl der Kaufmann unten an der Küste, wie auch der Kaufmann Aronson auf Storborg würden ganz in der Stille und in aller Heimlichkeit einen Beitrag geben, eine solche gemachte Anleihe würde ihnen mit der Zeit wieder hereinkommen.

Schließlich waren zwei Mann beauftragt worden, zu Geißler zu reisen und mit ihm zu reden. Und die wurden nun bald zurückerwartet.

Zeit, darum hatte Aronson wieder Hoffnung gefaßt und glaubte, einen Mann, der Storborg kaufen wollte, hochfahrend behandeln zu können. Aber er sollte nicht lange hochfahrend bleiben.

Nach einer Woche kamen die zwei Abgeordneten mit einer unbedingten Ablehnung heim. Ach, das Schlimme an der Sache war schon von Anfang an, daß einer der beiden Abgeordneten Brede Olsen war, — weil er so gut Zeit hatte. Die Männer hatten Geißler ganz richtig aufgefunden, aber Geißler hatte nur den Kopf geschüttelt und gelacht. „Reist nur wieder nach Hause!“ hatte er gesagt; aber er hatte ihnen die Heimreise bezahlt.

Und so mußte nun also der ganze Bezirk untergeben! Nachdem Aronson eine Zeitlang getobt hatte und allmählich immer ratloser geworden war, ging er eines Tages hinaus nach Sellanraa und schloß den Handel ab. Ja, das tat Aronson. Elejus bekam, was er haben wollte, einen Hof mit Gebäuden und Vieh und Waren für fünfzehnhundert Kronen. Allerdings zeigte es sich bei der Uebernahme, daß Aronsons Frau den größten Teil des Baumholzes an sich genommen hatte; um solche Kleinigkeiten kümmerte sich je-

doch ein Mann wie Elejus nicht. „Man darf nicht kleinlich sein!“ sagte er.

Aber im ganzen genommen war Elejus nichts weniger als entzückt. Nun war sein Lebenslauf also besiegelt, das Dedland würde kein Gras werden. Er mußte alle seine großen Pläne fahren lassen; Bureauchreiber war er nicht mehr. Schulfleiß konnte er nicht werden, nein, er war nicht einmal ein städtischer Herr. Seinem Vater und den anderen dabei gegenüber tat er ein wenig groß damit, daß er Storborg genau um den Preis, den er geboten, auch bekommen hatte, da konnten sie sehen, daß er sich auf die Sache verstand! Aber dieser kleine Triumph reichte nicht mehr weit. Er hatte auch die Beirichtungung, den Ladediener Andreien mit übernehmen zu können, der ging gewissermaßen bei dem Handel mit drein, Aronson brandete ihn nicht mehr, solange er kein neues Geschäft hatte. Es klappte Elejus ganz eigenartig, als Andreien kam und fragte, ob er nicht bleiben dürfe; da war er nun zum erstenmal Herr und Meister. „Du kannst bleiben!“ sagte er. „Nur muß hier am Platz einen Stellvertreter haben, wenn ich meine Geschäftstreifen mache und Handelsverbindungen mit Bergen und Trondheim aufnehme,“ sagte er.

Und Andreien war kein schlechter Stellvertreter, das sah er gleich, er war fleißig und hielt gute Aufsicht, während der Herr und Meister Elejus abwesend war. Nur im Anfang hatte der Ladediener Andreien hier im Dedland den großen und feinen Herrn herausgesehen, und daran war sein Herr, Aronson, schuld gewesen. Jetzt war es anders geworden. Als im Frühjahr die Moore etwas aufgetaut waren, kam Elejus von Sellanraa nach Storborg hinunter und fing an, bei seinem Bruder Gräben zu ziehen, — und da ging wahrhaftig auch der Ladediener Andreien hinaus aufs Moor und half Gräben ziehen, — aus was für einem Grunde es auch geschah, da er es eigentlich nicht nötig hatte; aber ein Mann von solcher Art war er. Der Boden war noch so wenig aufgetaut, daß sie lange nicht tief genug graben konnten, aber sie taten einweilen wenigstens die halbe Arbeit, und das war schon viel getan. Es war des alten Niass Gedanke, auf Storborg die Moore zu entwässern und Ackerbau zu treiben, der kleine Kramhandel sollte nur so nebenbei betrieben werden, daß die Leute im Dedland nicht

nötig hätten, ins Dorf zu gehen, wenn sie eine Rolle Juden brauchten.

So zogen also Sivert und Andreien Gräben und verabschiedeten sich zuweilen und führten eine mühsere Unterhaltung. Andreien war auf irgendeine Weise in den Besitz eines goldenen Zwanzigkronenstückes gekommen, und nach diesem biblischen Geldstück verspürte Sivert großes Geknechte; aber Andreien wollte sich nicht davon trennen, er widelte es in Seidenpapier und verwahrte es in seiner Tasche. Sivert schlug vor, sie wollten um das Geldstück losen, sie wollten darum kämpfen, aber darauf wagte Andreien sich nicht einzulassen; Sivert bot ihm dann zwanzig Kronen in Papier, und außerdem wolle er das ganze Moor allein entwässern, wenn er das Geldstück bekomme. Aber da war der Ladediener Andreien beleidigt und sagte: „So, damit du deinen Leuten zu Hause erzählen kannst, ich bräuchte es nicht fertig, im Moor zu arbeiten!“ Zuletzt einigten sie sich über fünfundsiebzig Kronen in Papier für das Geldstück, und Sivert lief in der Nacht nach Sellanraa und bekam das Papiergeld von seinem Vater.

Ein jugendlicher Einfall, ein Einfall der wackeren, lebenskräftigen Jugend! Eine durchwachte Nacht, eine Reile hin, eine Reile her, den Tag darauf wieder die volle Arbeit — das war nichts für den kräftigen jungen Mann, und es war ein schönes Goldstück. Es war nicht ausgeschlossen, daß sich Andreien wegen dieses guten Sondels ein wenig über ihn lustig machte; aber da mußte Sivert guten Rat, er brauchte nur ein Wort von Leopoldine verlauten zu lassen, etwa: „Ach ja, das ist wahr, ich sollte dich von Leopoldine grüßen!“ so hörte Andreien sofort auf und wurde dunkelrot.

Es waren veranlagte Tage für die beiden, während sie im Moor arbeiteten und sich zum Spoh stritten, wieder arbeiteten und wieder stritten. Zuweilen kam Elejus zu ihnen heraus und half mit, aber er wurde roch müde, er hatte weder einen starken Körper noch einen starken Willen, aber er war der liebenswürdigste Mensch. — „Da kommt die Oline!“ konnte der Schächer Sivert hören. „Nun müßt du heimgehen und ihr wieder ein halbes Hund Kaffee verkaufen!“ Und das tat Elejus gerne. Er ging hin und verkaufte Oline irgendeine Kleinigkeit. Dann brauchte er solange doch keine Schollen umzufahren.

(Fortf. folgt.)

mit die Entlassung einer größeren Anzahl von Straßenbahnern verbunden worden sein. Das aber war gerade im Interesse der Straßenbahner auf alle Fälle zu vermeiden. Infolgedessen mußte noch einem Ausgleich gesucht werden. Dieser Ausgleich war nicht leicht zu finden. Bei der Prüfung des Reichsstarifvertrages ergab sich, daß die Möglichkeit bestand, die im Straßenbahnbetriebe, besonders an den Endpunkten, unvermeidlichen Pausen in der Dienstdauer entsprechend auszugleichen. Dieser Weg konnte nun so eber bestritten werden, als die achtstündige Arbeitszeit ausdrücklich festgelegt wurde. Die Verlängerung der Dienstdauer bedeutet nur die Anrechnung der Pausen, die sich heute jeder Fabrik- und Metallarbeiter ohne weiteres gefallen lassen muß. In allen anderen Berufen verlängert jede Pause während der Arbeitszeit die Anwesenheit des Arbeiters im Betriebe. In den Verhandlungen wurden Beispiele beigebracht, daß bei den Straßenbahnern in acht Stunden bis 140 Minuten Pausen vorkommen. Natürlich ist das nur die Ausnahme, aber jedenfalls bedeutet demgegenüber eine Verlängerung der Dienstdauer um dreißig Minuten einen Ausgleich, mit dem sich das Fahrpersonal der Straßenbahn sehr gut abfinden kann, und zwar um so eher, als damit in einer Zeit der schwierigsten Lage der Unternehmungen eine beachtenswerte Lohnsteigerung verbunden ist.

Ob es durch obigen Schiedsspruch gelingen wird, das Unternehmen vor der Katastrophe zu retten, kann bestritten werden. Denn nicht die Arbeits- und Lohnbedingungen sind es, welche die Verkehrsunternehmungen in eine so katastrophale Situation gebracht haben, sondern in erster Linie die kapitalistische Preis- und Spekulation auf dem Gebiete der Rohmaterialien. Hier muß zunächst ein Prozeß der Gesundung Platz greifen.

Nicht Konfirmationen, sondern Jugendweibe.

Die Kirche ist stets allen fortschrittlichen Regungen feindlich gegenübergetreten. Vor allen Dingen wurden von ihr die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung bekämpft. Trotzdem mußten jahraus, jahrein die Töchter und Söhne des Proletariats zwangsweise, ohne innere Ueberzeugung an dem Religionsunterricht der Volksschule teilnehmen. Tausenden von jungen Menschenkindern wurde zur Zeit der Schulentlassung im Konfirmationsunterricht ein Jahr lang ein Lippenbekenntnis abgenommen. Demgegenüber hat schon in früheren Jahren die Arbeiterklasse für die Kinder der Eltern, welche aus der Landeskirche ausgeschieden waren, für den Schritt ins Leben, eine ernste, feierliche Handlung, die Jugendweibe, geschaffen.

Arbeiterkellern, Parteigenossen! Befreit eure Söhne und Töchter vom Gewissenszwang, auch wenn ihr selbst noch nicht aus der Landeskirche ausgetreten seid; laßt eure Kinder ohne innere Ueberzeugung nicht am Konfirmationsunterricht teilnehmen, sondern meldet sie zu einer der vier Jugendweiben an, wo neben der himmlischen Freier die Kinder auf den Ernst des Lebens hingewiesen werden. Die Jugendweiben finden statt am Sonntag, den 10. September, und Sonntag, den 20. September, vormittags 11 Uhr, und zwar:

Lichtenberg und sämtliche Vororte am Sonntag, den 20. September, in der Aula des Realgymnasiums, Parkane, Annenstraße 127, Quera, III, (2-8), Wohlstein, NO. 18, Viehmannstraße 5, vorn III, D. Hag, SO. 86, Garzerstr. 117, A. Joseph (S.-S.-Laden), NW. 21, Wilhelmshabener Str. 48.

Reußlin und jüdische Vororte, Sonntag, den 19. September, Anmeldungen: Parteibureau, Jägerstr. 66. In allen Jugendweiben können Anmeldungen schriftlich an das Jugendsekretariat Groß-Berlin, Berlin W. 40, in den Zelten 23, unter Aufsicht von 1,50 M. Einschreibegeld gemacht werden. Es wird noch darauf hingewiesen, daß unseren Jugendweiben ein sogenannter Moralunterricht nicht vorangeht. Es empfiehlt sich, die Anmeldung sofort vorzunehmen.

Geschmackvolle Einladungskarten zur Jugendweibe sind nebst Umschlag zum Preise von 40 Pf. das Stück in den Anmeldestellen zu haben.

Shänen der Großstadt.

Ein Expreßpaar, das in ganz dreister und unerschütterlicher Weise sein unsauberes Gewerbe trieb, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sein letztes Opfer, das sich schon vollständig in den Expreßhänden befand, wußte sich nur dadurch zu retten, daß es sich an die Kriminalpolizei wandte. Der Mann hatte eines Abends die Bekanntheit eines jungen Mädchens gemacht, mit dem er eine Vergnügungstour unternahm, die im Hotel des Mannes endete. Die Schächerstunden waren kaum vorbei, als am anderen Morgen bei dem Hotelgast ein junger Mann erschien, der sich in großer Erregung zu befinden schien und dem Fremden einen wüsten Ausbruch machte. Aus den Vorwürfen, die er dem Manne machte, war zu entnehmen, daß er seine Frau verführt habe und dafür von ihm Genugtuung fordere. Er wurde jedoch immer ruhiger und schließlich gab er sich auch schon mit einer Entschädigung statt der Genugtuung zufrieden. Zunächst ließ er sich 200 M. als Anzahlung auf eine große Entschädigungssumme zahlen und vereinbarte weiter eine wöchentliche Zahlung von 200 M. Diese zweite Rate hob der „Bräutigam des verführten Mädchens“ pünktlich ab. Seine Forderungen wurden jetzt immer dreister und höher, so daß der Mann sich feiner Art wußte, als sich an die Kriminalpolizei zu wenden. Diese nahm nun den Expreß fest, als er die dritte Wochenrate in Empfang nehmen wollte. Er entpuppte sich als ein Dentist Kurt Rudolf, der Expreßfeldzüge dieser Art mit seiner Geliebten, mit der er Bett und Stube teilt, gemeinsam betrieb.

Ein Cafetier, der zur Deckung seines Bedarfs auch Schokolade gekauft hatte, erhielt einen Brief, in dem ihn der Schreiber aufforderte, unter einer bestimmten Bededreße 20000 M. zu zahlen, andernfalls er dafür sorgen werde, daß seine Existenz vernichtet würde. Der Cafetier ließ sich von dem Expreß jedoch erst gar nicht ein, wußte sich an die Kriminalpolizei, und diese nahm einen jungen Mann fest, der auf dem Postamt erschien, um dort nach einem Briefe unter der angegebenen Adresse zu fragen. Dieser gab an, von einem unbekannten den Auftrag zur Abholung des Briefes erhalten zu haben. Auf dem Polizeipräsidium gab er auch eine Probe seiner Handschrift, die mit der des Expreßbriefes gar nicht gemein hatte. In der Voraussetzung, daß er dennoch von dem Expreßbrief etwas wisse, wurde in seiner Wohnung eine Durchsuchung vorgenommen. Die Kriminalpolizei hoffte unter den an den Verhafteten gerichteten Briefen eine Handschrift zu finden, die die charakteristischen Merkmale des Expreßbriefes enthielt. Sie entdeckte sie endlich auch, und zwar zu ihrer Ueberzeugung auf der polizeilichen Anmeldung. Und diese war, wie die Briefe behandelte, von dem jungen Manne, einem gewissen Kurt Kort, selbst geschrieben. Er gab nun auch zu, den Brief geschrieben und auf dem Präsidium seine Schrift verfertigt zu haben. Er räumte weiter ein, daß er ihn auf Veranlassung eines Arztes zu geschrieben hatte, der mit dem Cafetier in Geschäftsverbindung gestanden hatte. Auch dieser wurde jetzt festgenommen und beide dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ortsklasseneinteilung im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: In der Schlichtungsphase, betreffend die Ortsklasseneinteilung für die Angestellten im Versicherungsgewerbe, hat der im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schlichtungsausschuß zu Punkt 3 des geltenden öffentlich-rechtlichen Vergleichs vom 28. Juli in seiner Sitzung vom 29. Juli folgenden Schiedsspruch gefaßt:

1. Für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zur Verabschiedung der neuen Reichsortsklasseneinteilung, spätestens bis zum 30. September 1920, sind die nachbenannten Orte in die hinter angegebene Ortsklasse a-e einzureihen, wobei die Ortsklassen a-e den in dem Reichsstarifvertrage für die Neuregelung der Löhne genannten Ortsklassen 1-5 entsprechen: Nach Ortsklasse a: Badam, Breslau, Dortmund, Dresden, Hannover, nach b: Bielefeld, Bismarck, Potsdam, München; nach c: Baden-Württemberg, Darmstadt, Jülich in Bayern, Karlsruhe, Kassel, Kempten, Magdeburg, Nürnberg, Pforzheim, Stuttgart, Weßel, Wilhelmshaven, Wandsbek, Zwickau, Württemberg-Ost, Offenbach a. M.; nach d: Schwert, Würzburg. Im übrigen verbleibt es bei der Ortsklasseneinteilung für die Neuregelung der Löhne.

2. Mit Rücksicht auf das Einverständnis auf Arbeitgeberseite, daß Frankfurt a. M. eine Vorzugsbehandlung erfährt, wird für Frankfurt a. M. ein Aufschlag von 10 Proz. auf die tariflichen Sätze festgesetzt, soweit nicht eine besondere Teuerungszulage an die Reichsbeamten gezahlt wird, längstens bis zum 30. September 1920.

3. Für die Orte, die in der Ortsklasseneinteilung für die Neuregelung der Löhne nicht aufgeführt sind, bleibt die alte Ortsklasseneinteilung des Reichsstarifvertrages bestehen.

Zum Leiter der Berliner Filmprüfungsstelle und der ersten Kammer ist vorläufig der Leiter der Theaterabteilung beim Berliner Polizeipräsidium, Oberregierungsrat von Glasenapp, ernannt worden, der nunmehr neben der Berliner Theaterabteilung auch die drei Kammern der Filmprüfungsstelle Berlin beaufsichtigt. Zu seinem Vertreter als Vorsitzender der 1. Kammer ist Reg.-Rat Weigt bestimmt. Die 2. Kammer leitet Polizeirat Wildner, die 3. Kammer Reg.-Rat Stäwerl. Die vom Reichsminister des Innern nunmehr namhaft gemachte Liste der Prüfer umfaßt 12 Personen, von denen drei dem Lichtspielgewerbe angehören; sechs weitere sind in der Pädagogik oder Volkshilfswesen erfahrene Persönlichkeiten, während die übrigen drei Kunst- und Literaturfachverständige sind. Da die Anzahl der Prüfer zu klein ist, muß die Liste noch ergänzt werden. Diese Ergänzung ist beim Reichsministerium beantragt. — Die Kosten der Filmprüfung, die der Hersteller tragen muß, sind nunmehr auf 1 M. für den laufenden Meter festgesetzt worden.

Die Vollstreckung von Räumungsurteilen, einseitigen Verfügungen und Vergleichs, ist bis 30. September 1921 von der bisherigen Zustimmung des Rietzeinigungsamtes abhängig. Die Zustimmung muß erteilt werden, falls Schuldner mit der Räumungshilfe (Schuldhaftersweise) in Bezug ist, oder für ihn anderweitiges Unterkommen beschafft ist.

Welcher Teil Sachsens ist der unfruchtbar? Folgende ergötzliche Geschichte wird aus einer Berliner Mädchenschule berichtet: Fr. W. . . . bespricht vor ihren Schülern die Provinz Sachsen und bezeichnet dabei das Eichsfeld als besonders unfruchtbar; zum Schluß fragt sie: „Welcher Teil Sachsens ist unfruchtbar? Die ganze Klasse meldet sich und ruft: „Fr. W. . . . Fr. W. . . . „Unfruchtbar“ erwidert diese. „Fr. W. . . . ist nicht unfruchtbar!“ Am anderen Tage erzählte sich die ganze Klasse: „Unfruchtbar, Fr. W. . . . ist nicht unfruchtbar!“ — Wenn's auch nicht ganz stimmen sollte — dieses Geschichtchen natürlich — so ist es doch sehr nett!

Unfruchtbarkeit überreichlicher Banknoten. Infolge Anstufens des Friedensvertrages, der die Abtempelung aller in Oesterreich umlaufenden Banknoten binnen zwei Monaten vorseht, werden Ein- und Zweifronknoten in Kürze aus dem Verkehr gezogen. Der Ablieferungstermin wird noch bekannt gegeben.

Reisüberfall. Donnerstag vormittags gegen 11 Uhr wurde ein Fräulein Kasingel im Hause Burgstr. 28 von einem leibhaftigen Herrn überfallen und beraubt. Fräulein K. hatte von ihrer Firma Friedrichs u. Co., Burgstr. 28, den Kuffert, vom Rohkostendamt 20000 M. abgeholt. Von dort wurde sie von einem Herrn verfolgt, der sie bis in das Haus Burgstr. 28 nachahm, ihr auf der Treppe einen Schlag ins Gesicht versetzte und das Geld mit dem Gelde entziff. Daraufhin ergriff er die Flucht, wurde aber eingeholt und verhaftet. Das Geld konnte der Firma wieder zugestellt werden.

Der Tote als Fehler. Zwei Antiker, Elferi und Woedf., sowie die Arbeiter Schneider und Reske und endlich ein Preiser Mahnkopf, sämtlich Angestellte einer hiesigen Spektationsfirma, hatten diese vor Pfingsten um 3 Aktien beschaffen, die sie durch einen Schlichter Lange an einen Kaufmann Kuth, Wallstraße 61, veräußerten. Kuth, der für die Ware an die fünf Dube sowie deren Vermittler Lunge 12000 M. gezahlt hat, will die drei Aktien an einen der vier Wochen verstorbenen Kaufmann Lewin, Alexanderstraße, weiterverkauft haben. Die Kriminalpolizei, die sich eingehend mit dem Verbleib der Ware beschäftigt hat, hat nun auch die Witwe des Verstorbenen vernommen, die von einem beträchtlichen Geschäft ihres Ehemannes nichts weiß. Man vermutet, daß K., um seine Käufer vor Nachforschungen zu sichern, von dem ihm zufällig bekanntgewordenen Todesfall Gebrauch gemacht hat. Er gab eine völlig falsche Personalbeschreibung des Verstorbenen, den er zufällig in einem Kaffee kennengelernt haben will. K. der schon mehrfach in dem Verdacht der Diebstahlhand, hat sich diesmal nach hundertfacher Leugnung zu einem Geständnis bequemen müssen, da die sämtlichen Beteiligten bei der Gegenüberstellung mit K. bei ihren Aussagen verblieben sind. Der Wert der gestohlenen Waren, die dem Eigentümer noch nicht wieder zugeführt werden konnten, beträgt 100000 M.

Soziales.

Die Ausgestaltung der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Neuerdings sind zwei wichtige Veränderungen an dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorgenommen worden: eine Erhöhung der Renten, die am 1. Juli 1920 in Kraft trat, und eine Dinaufsetzung der Versicherungsbeiträge, die mit dem kommenden 1. August eintreten wird. Beide Maßnahmen haben den Zweck, die Versicherungsbeiträge weiter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Kann man doch mit Recht behaupten, daß beispielsweise die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung am länglichsten sind und schon in Friedenszeiten nicht entfernt zur Deckung des Lebensunterhalts eines Rentenempfängers hinreichen. Geschweige denn jetzt!

Mit der Erhöhung der Zulagen ist eine Beschränkung des Kreises der empfangsberechtigten Personen beknüpft worden. Die Zulagen erhalten nämlich nicht Rentenempfänger, die auch auf Grund der Militärversicherungsgesetze eine Rente für Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen. Weiter wird sie nicht Ausländern gewährt, die sich im Ausland aufhalten und ebenfalls nicht Gemeindefremden, Armenverbänden usw., welche die Renten im Wege des Ersatzanspruches erhalten. Die Zulagen bilden einen Teil der „Gemeinschaft“ der Invalidenversicherung, das heißt, sie werden von allen Versicherungsanstalten aus dem gemeinsamen Vermö-

gen getragen. Das nähere regelt das Reichsversicherungsamt. — Es waren bei der Reichsregierung Anträge auf eine viel weitergehende Erhöhung der Renten — auch von den Versicherungsanstalten selbst — eingegangen, doch sind sie leider mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse abgelehnt worden.

Die Beitragserhöhung macht sich notwendig, weil die Versicherungsbeiträge infolge der durch die Kriegswirkungen eingetretenen großen Rentenvermehrung ungeheure Lücken zu tragen haben. Im Jahre 1919 mußten die meisten Versicherungsanstalten aus ihren Vermögensbeständen erhebliche Zuschüsse zu den laufenden Ausgaben machen. Würde hier nicht eingegriffen, so würden viele Versicherungsanstalten dem Bankrott entgegengehen. Große Aufwendungen bringen vor allem die stark vermehrten Krankenrenten (für die Kriegsbeschädigten), die zahlreichen Waisenrenten usw. Die Versicherungsanstalten eruchten in einer Eingabe um eine Vermehrung der Lohnstufen. Sind doch gegenwärtig in der Invalidenversicherung nur fünf Lohnklassen vorhanden, die höchste umfaßt alle Arbeitsverdienste mit mehr als 1150 M. jährlich. Die Aufhebung weiterer Klassen mit entsprechend gestaffelten Beiträgen würde eine große Reineinnahme bringen. Das hat die Reichsregierung zunächst nicht getan, weil eine solche Gesetzesänderung viel Vorarbeiten erfordert, und auch sonstige Maßnahmen zur Folge gehabt hätte. Man hat deshalb die Lohnklassen wie bisher belassen und nur die bisher üblichen Beiträge erhöht.

Diese sollen vom 1. August an betragen: in der I. Lohnklasse: 90 Pf. (bisher 18 Pf.), in der II. Klasse 100 Pf. (zuletzt 26 Pf.), in der III. Klasse 110 Pf. (bisher 34 Pf.), in der IV. Klasse 120 Pf. (bisher 42 Pf.) und in der V. Klasse 140 Pf. (bisher 50 Pf.). Die Erhöhung in den unteren Klassen ist größer als in den oberen. Das ist allerdings etwas unsozial, doch ist zur Entschädigung vorzubringen, daß die neu eingeführten Teuerungszulagen in allen Lohnklassen gleich hoch sind. Da die Teuerungszulagen etwa zwei Drittel der Gesamterente ausmachen, ist eine große Annäherung der Rentenhöhe in den einzelnen Lohnklassen eingetreten, die auch eine größere Gleichmäßigkeit der Beiträge rechtfertigt. Damit wird auch der große Mangel, daß ein sehr erheblicher Teil der Versicherungen notorisch zu Unrecht in zu niedrigen Klassen versichert ist, etwas gemindert.

Durch die Beitragserhöhung wird die Beitragseinnahme, die im Jahre 1919 rund 280 Millionen Mark betrug, auf etwa den dreifachen Betrag, also auf etwa 850 Millionen Mark gehoben. Das sieht zwar so aus, als wäre es zuviel, auf Grund der versicherungsmathematischen Berechnungen reißt die Reineinnahme aber gerade hin, um die augenblicklichen Ausgaben zu decken. Eine weitere Aufbesserung der Renten müßte auch eine weitere Erigerung der Beiträge zur Folge haben. — Für die Zeit nach dem 1. August 1920 dürfen Marken in den bisherigen Werten nicht mehr verwendet werden. Ungültig gewordene Marken können binnen zwei Jahren noch Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Markenverkaufsstellen (Postämtern) gegen gültige Marken im gleichen Geldwert umgetauscht werden. — Es bleibt nur zu hoffen, daß sich der Reichstag bald erneut der Frage annimmt und eine durchgreifende Reform der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vornimmt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Adi-Ganz, Tauentstr. 34, eröffnet Sonnabend die neue Saison in den glänzend renovierten Räumen mit einem großzügigen Programm.

Sport.

Der Lehrplan für das Wintersemester 1920/21 der Deutschen Hochschule für Leibesübungen ist schon erschienen und sieht 43 verschiedene Vorlesungen und praktische Übungen vor. Das Semester dauert im ganzen 20 Wochen, vom 9. November 1920 bis 24. März 1921. Drei Wochen davon, vom 26. Dezember 1920 bis 15. Januar 1921 wird der Uebungsbetrieb nach Gornitzsch-Partenfischen zur Erlernung des St. und Eislaufs verlegt. Unter den Dozenten sind eine Reihe auswärtiger Gelehrter und Praktiker, so Dr. Wagner-Jena, Dr. Stürmer-Freiburg, Professor Dr. Vogt-München, Direktor Groß-Leipzig, Oberlehrer Kahler-Bautzen, Turnlehrer Gaster-München. Von der Berliner Universität lesen die Professoren Bier, Albin, Gocht, du Bois-Reymond, Dänig, Kopisch und Kiehlberg. Von der Landesturnanstalt Spandau wirken Dr. Stein und Professor Müller mit. Von bekannten Turnern und Sportler sind tätig Schelenz, v. Donop, Matull, Girulatis, Dr. Wallwig, Kobs, Wiedemann, Demmler, Luber, Dr. Brunnmann, Reisinger, Bierrega, Schneider, Schöne, ferner Dr. Koede und Dr. Michaelis. Die im Sommersemester aufgenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen, an denen sich die Doktoren Krause, Krüger und Schulte beteiligen, werden fortgesetzt.

Juden schuld, der mit Leonore kämpfte, brach sich ein Schlüsselbein, der gleiche Unfall stieß den Joden Steffen zu, der mit Radola zu Fall gekommen war. — Der Jodey Dane! hat seinen Dienst beim Kanstall Konstantin-Kaune aufgegeben.

Die Ringkämpfe in Schöneberg. Am Mittwochabend traten zuerst zum Entscheidungskampf Gräfin-Schachschneider, an. Ersterer siegte nach insgesamt 1 Stunde 6 Minuten. Der zweite Entscheidungskampf Hochhaus gegen Kober blieb bis zur Vollstunde unentschieden. Kober verlor, es, dank seiner Technik, sich aus jeder schwierigen Situation zu retten.

Rennen zu Grunewald. Donnerstag, 29. Juli. 1. Rubin-Jagdrennen. 2200 M. 3000 Meter. 1. Zilla (Wurt), 2. Waja (Wald), 3. Wilmole (Wald, Württ.). Tot: Sieg 19:10, Bl. 13:21, Wilmole (gef.) — 2. Buchen-Jagdrennen. 3000 M. 4000 Meter. 1. Ebers Marie (Wurt), 2. Rheupreuen (Teichmann), 3. Trompeter (Scholz). Tot: Sieg 14:10, Bl. 13:19, 31. Ferner liefen: Lulu (4), Waster (5), Dutz (6), Dufe (angeh.) — 3. Kinder-Herdenrennen. 2200 M. 2400 Meter. 1. Fingole (Wurt), 2. Wambam (Wurt), 3. Erlag (Wurt). Tot: Sieg 4:10, Bl. 18:15, 18. Ferner liefen: Herber (4), Friblich (5), Warkheider (6), Leonore (gef.), Radola (gef.), Rosendorf (gef.), Brille. — 4. Murellenberg-Jagdrennen. Ehrenpreis dem legenden Reiter und 2200 M. 2500 Meter. 1. Sankt Martin (Wurt), 2. Welter (Wurt), 3. Veredut (d. Keller). Tot: Sieg 10:10, Bl. 25:20, 20. Ferner liefen: El Diablo (4), Roderich (5), Samum (6), Gernsler III (gef.) — 5. Großer Preisungspreis. Ehrenpreis und 3000 M. 4000 Meter. 1. Sandmann (Wurt), 2. Wurmole (Wurt), 3. Gattertrabe (Wurt). Tot: Sieg 8:10, Bl. 32:17, 31. Ferner liefen: Reizula (4), Der Sogannant (5), Steindorger (6), Fildwald (7), Wäster (8), Juhanna, Sieperin II (angeh.). — 6. Preis von Glatow. 2200 M. 2400 Meter. 1. Ferne (Wurt), 2. Grottholz (Wurt), 3. Landtroß (Wurt). Tot: Sieg 3:10, Bl. 16:27, 29. Ferner liefen: Kibbel (4), Minora (5), Lette (6), Lette (6), Besto, Karmaros, Wehmünde, Berber, Geheimnis. — 7. Preis von Saarum und 2500 M. 2500 Meter. 1. Finken (H. Keller), 2. Wilmole (Scholz), 3. Rene (Lille). Tot: Sieg 30:10. Ferner liefen: Pilsap (4), Wächer, Sierra (gef.), Gero.

Kartell der freien Sportvereinigungen.

Kartell. Der Kartellvertrag ist bis spätestens 1. August an den Kassierer Karl Müller, O. 64, Kleine Rosenfelder Str. 11, einzuliefern. Freie Turnerschaft Berlin. Sonnabend: 4 Männer- und Frauenabteilung, Rad- und Tauchklub nach Herbolzensee. Abf. Sonnabend 4:30 Uhr. Reußlin nach Oberwalde und Strinburg oder 5:25 Uhr. Abf. — 3. Anlauf: Zusammenkommen der Männer mit „Rosen“. Turn-Sportverein Norden. 3. Anlauf: Zusammenkommen der Männer mit Fr. Turnerschaft Berlin, Schönflieger Str. 8. — Sonnabend und Sonntag: Schüler-Reiseunternehmung. Freier Wanderverband. Sonnabend: Nachmittags Ausflug nach Wilmshausen — Vögel Hintersee — Königsmusterhausen. Abf. Sonnabend 6:30 nach. Abf. 8:30. — Sonntag: Königsmusterhausen — Tonnsee — Königsmusterhausen. Abf. 5:30 nach. Abf. 8:30. Touristenverein Naturfreunde. Gruppe Berlin-Ostbahnhofs. Sonnabend und Sonntag: Bismarck-Wandlung. Abf. Sonnabend 6:11 nach. Briesener Hf. bis Telenen. Nachhänger Sonntag 6 Uhr nach. Treffen am Ostufer des Langen See. — Kartellabteilung jeden Dienstag 7 Uhr bei Hf. Neue Friedrichstr. 89.

Die Aufhebung der Militärjustiz.

13. Sitzung, Donnerstag, den 29. Juli 1920, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Reichsminister der Justiz Heine, Reichswehrminister Geiser.
Präsident Loh teilte mit, daß das Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht eingegangen ist. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des vom dem Abg. Müller-Franken (Soz.) eingebrachten Gesetzentwurfs über die

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.):

Wir beantragen die Befestigung der Untersuchungshaft, die heute nicht nur verhängt werden kann wegen Flußverdacht, sondern auch wegen sogenannter Gefährdung der Disziplin. Dem demokratischen Antrag, der eine Einschränkung bei der Anzeigenerstattung herbeiführen will, können wir nicht zustimmen. Wir wünschen die Grenzen der Disziplinarergreifung unter dem Einfluß der Zivilgewalt zu setzen. Frankreich hat nur einen Dreifuß-Prozess gehabt und ist dadurch bis in die Grundfesten erschüttert worden; wir haben seit 134 Jahren

büchsenweise Dreifuß-Prozesse

gehört, die man gar nicht mehr alle aufzählen kann. Vom Prozeß gegen die Räuber Lieblincht und Rosa Luxemburg über den Marlosh-Prozeß bis zum Marburger Fall. (Sehr richtig!) In breiten Massen unseres Volkes gerät dadurch das Gefühl für die Objektivität der Gerichte in Gefahr. (Sehr richtig!) Ich als Jurist und Rechtslehrer kann nicht anders als mir das Wort eines meiner Parteifreunde zu eigen machen, der von einer Justizschmach sprach. Dieses Gesetz soll dazu dienen, einer vererbenden Justizschmach endlich ein Ende zu bereiten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Gallwitz (Dnt., Sp.): Der Sturm auf gegen die Militärgerichtsbarkeit ist eine politische und nicht sachliche Angelegenheit. In der Schweiz wurde stets der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit abgelehnt, und auch die Sowjet-Armee kennt keine bürgerlichen Gerichte. (Hört, hört!) Wir sind gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. (Beifall b. d. Dnt., Sp.)

Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Man hält es kaum für möglich (Unruhe und Lärm von rechts). — Nehner wird sofortigt unterbrochen. — (Rufe des Präsidenten), man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Mann sich hierherstellen kann und für diese Schmach einzutreten, ein Mann, der selber als fluchtverweigernder Führer die weiteren Ausführungen geben unter der andauernden Unruhe der Rechten verlor. — Der Präsident bittet, den Nehner weiterprechen zu lassen. Wir sind der Meinung, daß durch diese Gesetzesvorlage nicht geändert wird, denn auch die Zivilgerichte sind Instrumente der Klassenjustiz. Für uns gibt es darum nur eine Lösung: Weg mit dem Klassenstaat. (Beifall b. d. U. Soz. — Rufen rechts.)

Abg. Dr. Vell (Z.): Die Auffassungen gehen natürlich hier stark auseinander. Wir haben uns nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen und stimmen darum mit einigen Abänderungen für den Gesetzentwurf.

Abg. v. Brüninghaus (D. Sp.): Man soll es nicht für möglich halten, daß Dr. Rosenfeld den hochverehrten General v. Gallwitz in dieser Weise mit Schmutz beworfen hat. (Großer Lärm b. d. U. Soz. — Präsident Loh erklärt den Ausspruch für unzulässig.) Es ist ein großer Fehler, die Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen, aber man etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen hat. Wir sind deshalb gegen den Gesetzentwurf. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Die Militärgerichtsbarkeit war weder bedingungslos schlecht, noch bedingungslos gut. Es ist aber Tatsache, daß gerade in den letzten Monaten die Militärgerichte Urteile fällen, bei denen es schwer fällt, auch nur noch an den guten Willen der Gerichtsbetretenden zu glauben. (Sehr richtig!) Wir sind deshalb für den Gesetzentwurf mit den von uns eingebrachten Abänderungen. (Beifall.)

Reichswehrminister Geiser:

Es handelt sich um Einlösung eines in Weimar gegebenen Versprechens. Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit kann jedoch nur dann günstig wirken, wenn die bürgerliche Strafjustiz rascher arbeitet als bisher. Den Abänderungsantrag zum § 9 bitte ich abzulehnen. Der Entwurf eines Disziplinarergreifungsgesetzes wird in nächster Zeit dem Hause vorgelegt werden, er ist bereits fertiggestellt. Nach Annahme dieses Gesetzes wird hoffentlich auch der Marburger Fall seine Nachprüfung durch die ordentlichen Gerichte finden. (Beifall.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz., persönlich): Man sollte es nicht für möglich halten, daß Kollege Brüninghaus mich so mißhandelt. Ich habe allerdings zum Ausdruck gebracht, daß die Befestigung der Militärgerichtsbarkeit nur einen geringen Fortschritt bedeutet, aber doch immerhin einen Fortschritt.

Abg. Straßfeld (U. Soz.) begründet einen unabhängigen Antrag, wonach der

Waffengebrauch bei Verhaftungen

nicht erlaubt sei, und erinnert an die große Zahl der auf der Flucht erschossenen politischen Gegner.

Die Abg. Dr. Vell (Z.) und Haas (Dem.) wenden sich aus formalen Gründen dagegen.

Ein Antrag Dr. Rosenfeld (U. Soz.) auf Streichung der ersten drei Absätze des § 8, die eine Strafverfolgung von der Benachteiligung der höheren Dienststellen des Beschuldigten abhängig macht, wird durch eine Zufallsmehrheit der beiden sozialistischen Parteien gegen die gesamten bürgerlichen Stimmen angenommen.

Die Abstimmung über den unabhängigen Antrag gegen das Recht des Waffengebrauchs bleibt zunächst zweifelhaft. Sammelstimmung ergibt Ablehnung mit 102 bürgerlichen Stimmen gegen 142 Stimmen der beiden sozialistischen Parteien.

Die folgenden Paragraphen werden mit geringen Änderungen angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt die Rechte Einspruch.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Notetat.

Zum

Posten des Reichspräsidenten

führt Abg. Vogtherr (U. Soz.) aus: Wir haben schon früher die Unmöglichkeit eines Reichspräsidenten dargelegt. Dieser Reichspräsident hat es abgelehnt, Gnadenversuche zu bewilligen, die aus Anlaß der Aufkündigung an ihn gerichtet waren. Darüber hinaus hat der Reichspräsident es sogar fertiggebracht, Todesurteile vollstrecken zu lassen, er, der als früherer Sozialdemokrat sofort gegen die Todesstrafe Stellung genommen hat. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Doch der Herr, der heute noch Reichspräsident ist, fühlt sich eben jetzt als einer jener Großen, die wir glauben durch die Revolution endgültig überwunden zu haben. Abgesehen von Wilhelm dem Ersten, der ein Beispiel gegeben hat, wie weit die bürgerliche Unfähigkeit gehen kann. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck. Dauernde Unruhe. Erregte Jurufe. — Der Präsident fordert den Abgeordneten auf, bei der Sache zu bleiben.) Dazu kommt der Belagerungszustand, der noch immer besteht. Wenn in Öpreußen der Belagerungszustand in die Hände des verächtlichen Generals Dassel (der Präsident rügt diesen Ausdruck) gelegt ist, so ist das das Gleiche, als wenn

ein Defraudant Kassierer der Deutschen Bank

wäre. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Wir halten die ganze persönliche Präsidenschaft für eine der überflüssigsten Einrichtungen Deutschlands. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Vogtherr hat nicht in einem einzigen Fall nachgewiesen, daß der Reichspräsident seine Vollmachten überschritten hat. Er hat sich stets im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Gewalt gehalten. Ich habe es immer außerordentlich bedauert, wenn der Belagerungszustand verhängt werden mußte. Wir haben uns aber mehrmals in einer Notlage gesehen. München zeigt, daß die Radikalen auch nicht vor Ausnahmemaßnahmen zurückgeschreckt sind, wie es ihr Programm verlangt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von den 1270 beim Reichspräsidenten anhängigen Fällen hat in 577 Fällen der Reichspräsident von seinem Vornadigungsrecht Gebrauch gemacht. (Hört, hört!) In drei Fällen von Todesurteilen ist allerdings Vornadigung nicht erfolgt, weil es sich, wie ich aus meiner Amtstätigkeit weiß, um außerordentlich schwere Verbrechen gehandelt hat. Ich als Vertreter der Arbeiterklasse würde mich schwer fühlen, einen von diesen Verbrechen für die Arbeiterklasse zu reklamieren. (Lärm b. d. U. Soz. Jurufe des Abg. Geiser: Ein Kulturmenschen unterschreibt solche Urteile nicht!) Das erste

Todesurteil in Sowjet-Rußland

gegen den Admiral Tscherkasski war allerdings kein Todesurteil, sondern lautete nach dem Bericht Professor Ledebers nur auf Erschießen. (Lachen bei der Rechten.) Die Todesstrafe hat mit dem Sozialismus nichts zu tun.

Abg. Vogtherr (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als früherer Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sowjet-Rußland geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zuschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Vornadigungsrechts besonders auffallend ist. (Hört, hört!) Der Redner verliest drei Fälle.

Elzengraber Heine: Die von dem Redner aus der „Freiheit“ zitierten Fälle liegen ganz anders. (Hört, hört!) Der Minister verliest die Urteile, die schwere Verbrechen der Verurteilten beweisen.

Abg. Vogtherr (U. Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Reichspräsidenten, die er als ungenügend bezeichnet. Der Präsident stellt hierauf die Annahme des Quasibestandes des Reichspräsidenten fest.

Zum Etat des Reichshaus bittet Abg. Kaufmann (Dem.), die Frage der Selbstbeschränkung der Redefreiheit sich zu überlegen.

Zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums erklärt Dr. Herz (U. Soz.), daß seine Partei dem Posten für die Sozialversicherungskommission zustimmt, obwohl sie nicht erwartet, daß die Sozialversicherungskommission die Frage der Sozialisierung lösen werde. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Zum Etat des Reichsarbeitsministeriums modifiziert Abg. Berke (U. Soz.) darauf aufmerksam, daß das Gesetz über die Entschädigung der Kriegsbeschädigten (Reichsvorparagrafgesetz) in einigen Paragraphen unbedingte Abänderung bedürfte. (Beifall b. d. U. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Ueber die Festsetzung der Rente in den Ausführungsbestimmungen wird in der Kommission verhandelt werden.

Der Haushalt des Arbeitsministeriums wird bewilligt. Zum Kapitel Reichsmilitärgericht verlangt Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) eine Stellungnahme über die Zahl der Strafvollstreckungen, die noch auf Grund von Militärgerichtsbeschlüssen stattfinden.

Der Haushalt des Reichsmilitärgerichts wird genehmigt. Es folgt der der Justizverwaltung.

Abg. Ludwig (U. Soz.):

Im Falle Dorten hat der Justizminister sehr schnell dafür gesorgt, daß ein Richter seiner Beamten ausgemacht wurde. Bei Kommunisten eilt es ihm nicht so sehr. Die Klassenjustiz feiert besonders natürlich unter dem Belagerungszustand Triumphe. (Beifall bei den U. Soz.) In Schwere wurden am 15. April 1920 zurückschickende Militärs geprügelt. (Sturuf bei den U. Soz.) Wenn findet endlich das Blut der

von den Exilanten ermordeten Wehrlosen

eine Sühne? Gegen 822 Personen sind im Ruhrgebiet 1088 Jahre Freiheitsstrafe verhängt worden. Es muß endlich einmal der erste Prozeß stattfinden gegen die Leute, die sich solcher Morde schuldig gemacht haben, solcher Morde, die lange nach den Kampfzeiten fortgedauert haben. Alle beteiligten Stellen und Parteien fordern ich auf, dafür zu sorgen, daß diese Zustände nicht weitergehen, auf daß der Grad des Hasses nicht eine Höhe erreicht, der zu entsetzlichen Dingen führen müßte. (Lebhaftes Bravo! bei den U. Soz.)

Abg. König (Soz.):

An den Urteilen der Kriegsgerichte ist oft genug Kritik geübt worden. Mein Parteifreund Quis hat noch in den letzten Tagen der Nationalversammlung mit aller Schärfe gefordert, daß darin endlich eine Wendung eintritt. Daher hat auch meine Partei die Forderung immer wieder erhoben, daß

das Vorkriegsrecht abkommen

namenlich in der Frage der Amnestie restlos zu erfüllen sei. Aus diesem Grunde halte ich es für zweckmäßig, das Augenmerk nicht nur auf die Kritik der einzelnen Urteile zu richten, sondern darauf hinzuwirken, alle Mittel anzuwenden, um die Unzufriedenen aus den Gesinnungen zu befreien. Es muß unter allen Umständen morgen und übermorgen noch das Amnestiegesetz verabschiedet werden, denn wir müssen so schnell wie möglich handeln, um den armen Opfern zu Hilfe zu kommen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Düwelle (U. Soz.): Die Freunde des Herrn Vorkredners sind im vollen Umfang mitschuldig an dieser Klassenjustiz, über die sie jetzt mitlachen. (Beifall und Widerspruch.) Wir betrachten diese Amnestie nicht als eine Gnade, sondern als Wiederherstellung des geschändeten Rechts. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Heine:

Ich habe nicht im geringsten die Absicht, mich der Verantwortung zu entziehen, aber es ist unendlich schwer, sich mit den hundert- und tausenden Fällen genau vertraut zu machen. Wenn Freigriffe vorzunehmen, so werden sie von niemand mehr bedauert, als von der Reichsjustizverwaltung. Und es ist selbstverständlich, daß von der Justizverwaltung alles getan wird, (Jurufe der U. Soz. Nichts wird getan! — Stürmischer Widerspruch) alles getan wird, daß denjenigen, die sich durch die Kriegsgerichtsbeschlüsse verurteilt fühlen, nachprüfende Gerechtigkeit widerfährt. 1279 Gnadenersuche (Jurufe: Keine Gnade, sondern Recht! Inbauernde Unruhe) sind bisher eingelaufen, davon sind 547 ganz oder teilweise bewilligt worden und nur 103 abgelehnt worden. Sie sehen daraus, daß sich die Reichsjustizverwaltung bemüht, auch den

höheren Gesichtspunkt der Gnade

in weitestem Maß zu wahren zu lassen. (Inbauernde Unruhe.) Die von unabhängiger Seite eingegangenen Anträge auf Amnestie sind bereits gründlich durchgearbeitet worden und kommen hier in den nächsten Tagen zur Verhandlung. Aber ich bitte Sie

nach dringend, eine ruhige und sachliche Kritik anzulegen und nicht, wie es heute geübt wird, mit Ohren die deutsche Justiz vorzugeben. (Erregte Jurufe: andauernde Unruhe.) Ich hoffe, daß die deutsche Justiz allen diesen Vorwürfen gegenüber Ruhe bewahrt und trotz der unendlich schwierigen Lage, in der sie sich befindet, den Forderungen der Gerechtigkeit in diesem Umfang entspricht. Ob bei Ihnen (zu den U. Soz.) Vollgerichten eine ähnliche Objektivität und Gerechtigkeit herrschen würde, als jetzt bei uns, daran glaube ich berechtigten Zweifel hegen zu dürfen. (Lebhaftes, stürmisches Bravo der Rechten und Mitte. Zwischen bei den U. Soz.)

Der Präsident verliest eine Interpellation Erlens und Genossen:

„Ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, Auskunft zu geben 1. über die Höhe der Kosten der Besatzungstruppen der Alliierten Mächte, 2. über die Behandlung der Bevölkerung durch die Besatzung, 3. und über die Maßnahmen zur Rückkehr der wegen separatistischen Bewegung ausgewanderten.“

Der Präsident verliest die Sitzung auf Freitag, den 30. Juli, 11 Uhr vormittags: 41 keine Anfragen, Interpellation Erlens, Gesetzentwürfe über Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, und andere, dritte Beratung der Militärgerichtsbarkeit, Beratung über die Kohlensteuer, Gesetzentwürfe.

Schluß gegen 8 Uhr.

Der Haushaltsplan des Reichstages erlebte am Donnerstag den Rest des Haushaltsplans für das Reichsministerium des Innern und nahm dann der Etat des Reichsfinanzministeriums in Beratung. Gegenüber Reichsminister über die Metallgesellschaft und Verwaltungsstellen des Ministeriums bemerkte Minister von Kaumer, daß er diese energisch zur Abklärung bringen und Schiebergeschäften entgegenzutreten werde. Es sei gelungen, in 10 000 Fällen dem Reiche die entzogenen Werte wieder zuzuführen. 4000 Strafanzeigen seien noch in der Schwebe.

Bei dem Anlaß für die Vermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete teilte Abg. Glädter (Soz.) als Referent mit, daß dort 150 000 Mann fremde Truppen sich befinden, dazu etwa 94 Delegationen der Rheinlandkommission mit ihrem Troß, deren Kosten das Reich bezahlen müsse. Dazu kämen die für den hohen Ankauf eingeleiteten Kosten von 20 Millionen Mark. Bis Ende April 1920 seien von uns bezahlt worden: 1783 Millionen Mark in bar, außerdem an unmittelbaren Leistungen 1665 Millionen, insgesamt 3448 Millionen. Bei diesen Milliardenausgaben sei die Frage aufzuwerfen, ob denn eine Reihe der uns angerechneten Kosten nach dem Friedensvertrag zu zahlen seien. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattungen wären außerordentlich hoch.

Reichsminister v. Kaumer betonte gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage aufgeworfen werden müsse, wie Deutschland die Reparationslasten tragen solle, wenn für die Besatzung der besetzten Gebiete so unberechenbar hohe Summen ausbezahlt werden müßten.

Abg. Korrell (Dem.) bespricht die Verhältnisse im besetzten Gebiet und eigenen Anschauungen und schildert sie, inwieweit der rücksichtslosen Vorgehens der französischen Okkupationstruppen, als außerordentlich schlimm.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstages ist nach Bericht des Geschäftsführers des Ausschusses Dr. Herz und der Sekretäre der Unterausschüsse über die bisherige Tätigkeit und den Stand der Vorarbeiten darüber einig, daß öffentliche Vernehmungen vor dem Wiederauftreten des Reichstages im Herbst nicht möglich sind und die Besatzung zur weiteren Förderung der Vorarbeiten benutzt werden soll. Die Zeitung in die vier Unterausschüsse, von denen der erste die Vorgeschichte des Krieges, der zweite die Friedensmöglichkeiten, der dritte die Vorkriegsbedingungen und der vierte die Gründe des Zusammenbruchs behandelt, soll beibehalten werden.

Bildungsveranstaltungen.

Steglis. Sitzung des Bildungsausschusses: Sonnabend, 7½ Uhr. Plenarsitzung, Schloßstraße 66 (gegenüber Schloßpark). Endgültige Aufstellung des Jahresprogramms.

Jugendveranstaltungen.

Seite 1/8 Uhr:

Neufuß. Jugendheim, Rogalstraße 64. Diskussion: „Unser Gegner rechts“. — Nieberichshausen. Jugendheim, 1. Gemeindefeinde, Plattenburgerstraße 69/70. „Nächstenliebe“. — Nordosten. Jugendheim, Oberwaldstraße 44/46. Diskussion. — Pantow. Jugendheim, Ansbachmühlstraße, Poststraße 131. Vortrag: „Schiffstrand auf hoher See“. — Vetschhausen. Lokalrat, Gemeindefeindestraße. Diskussion. — Weidenbörsch. Jugendheim, 3. Gemeindefeinde, Vetschhausen. Vortrag: „Kommunismus und Sozialismus“. — Zäden. Jugendheim, Zudenklubzimmer, Weidenstraße 10. Vorträge: „Ritt Reiter“. — Zwickow. Baumkutenweg. Vorträge: „Wittichsgerichtliche“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Ortsgruppe Neufuß. Sonntag, 7 Uhr: Öffentliches Verlesung. Thema: Der Reichsbund und das neue Verlesungsgesetz. Verlesungsgesetz mit Kommentar und Einleitungsreden zum Sonntagabend in der Schloßstraße, Neufuß. Seite 29. — Gruppe SO. der brimattreuen Oberfeldherren. Dienstag 4 Uhr im Parkesgarten, Zwickow: Sommerfest. Großes Militärkonzert, Lang, Tombola usw. Eintrittskarten in der Geschäftsstelle, Neufuß. Seite 29. — Vorkriegsverein A. Wenzel. — Deutsche Friedensgesellschaft. Zur Teilnahme an der Friedensstimmung für die Weltfrieden- und Vorkriegsorganisation im Ruhgarten am Sonntag treffen sich die Mitglieder und Gönnerfreunde um 10 Uhr in der Königstraße vor dem Rathaus.

Aus aller Welt.

Unausrottbarer Zerbildismus.

Gewissen Leuten liegt der Geist der wilhelminischen Ära, das Aristokratium und Phylantropium, unausrottbar im Blute. So finden wir in dem Gehirne eines Oberdesoffiziers, der um seine Wiedereinstellung als Obersteuermann in die Reichsmarine bittet, an den Reichspräsidenten folgende herrliche Rede:

„Herr Reichspräsident! Ich, der ich mich als Oberdesoffizier bezeichne, bitte Sie, meine alleruntertänigste Bitte anzuhören und wohlwollend befürworten zu wollen.“

Es folgt nun die Begründung des Gesuchs, das mit folgenden Worten schließt:

„In Anbetracht dessen wollen Sie, Herr Oberdesoffizier, sich gerufen fühlen, meine Wiedereinstellung als Obersteuermann allergnädigst genehmigen zu wollen.“

In tiefer Ehrfurcht verharret einem allergnädigsten Reichspräsidenten alleruntertänigster

Paul W. Oberdesoffizier d. Rei.

Diesem Manne ist auch mit 10 Revolutionen nicht zu helfen! Aber den Leuten, die über diesen Phylantropen lachen, wollen wir verrotten: die Redewendungen des Gesuchs waren bis zur Revolution bei Gesuchen an den Kaiser vorgelesen.

Briefkasten der Redaktion.

G. R. 32. Im Briefkasten nicht zu beanstanden. Wir empfehlen: „Der Taktbau im Kleinformat“, Verlag Emil Schöls, Wandsch. Preis 75 Pf. Zu beziehen in jeder größeren Samenhandlung.

Bad-Nauheim

Hessisches Staatsbad — Außerhalb des besetzten Gebiets und der neutralen Zone gelegen. Vom September ab ermäßigte Kurabgabe.

Am Taunus bei Frankfurt am Main — Sommer- und Winterkurbetrieb. Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden

Sämtliche neuzeitliche Kurmittel
Vorzügliche Konzerte / Theater / Tennis / Golf / Krocket
Wurftaubenschießstand / Herrl. Park- und Waldspaziergänge

Man fordere die neueste Auskunftsschrift D 34 von der „Bad- und Kurverwaltung“ Bad-Nauheim.

Theater, Lichtspiele etc.

Städt. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Allabendl. Die Stroblwitwe.
7 1/2 Uhr.
Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus.
7: Julius Cäsar (2. u. 3. Abt.).
Sb. 7: Julius Cäsar (3. Abt., S.A.)

Deutsches Theater.
Sommerpreise.
Letzte 2. Aufführungen
8 Uhr: Weihu. Kampelmann
Ab Sonntag: Notbrücke.

Kammerspiele.
Sommerpreise.
8 Uhr: Die Notbrücke
Ab Sonntag: Weibstuefel.

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bnt. Zoo).
Sommerpreise.
8 Uhr: Büchse der Pandora.

Theater des Westens
Letzte 2. Pailenberg-Gastsp.
Gisela Werbezirk:
8 Uhr: Rabenvater
Ab Sonntag: Ehem. Leutnant

Schiller-Theater.
Hans Waßmann:
8 Uhr: Der ehem. Leutnant
Ab Sonntag: Rabenvater.

Theater i. d.
Königgrätzerstraße
1/8 Uhr: Gastföndels.

Komödienhaus
8 Uhr: Petz-Kainer-Ballett.

Berliner Theater
8 Uhr: Der letzte Walzer

Die Tribüne
8 Uhr: Bunbury.

Kleines Theater.
Elise Lensing
7 1/2 Uhr: Konische Oper
7 1/2 Uhr: Die Frau im Dunkeln.

Lustspielhaus
Der ungeheure Eckehart
Metropol-Theater.
Im weißen Rössl

Neues Central-Theater
Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus
Natural-Phantasi-Ballett
Neues Volkstheater
Die 3 Zwillinge

Thalia-Theater
Hohelie die Tänzerin.

Th. am Nollendorfplatz
Eine Nacht im Paradies

Theater i. d. Alt-Jakobstr.
Die verschwund. Pauline.

Walhalla-Theater.
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Kasernenluft.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!

Die Raschhoffs
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!

Maskerade
Sonntag 4 Uhr: Südenfried.

Circus Busch
Gebäude.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gr. Spezialität-Vorst.
? Perlas ?

Theater am Kolonnen Tor.
Elite-Sänger
Nur noch bis 31. 7.
Täglich 7 1/2 Uhr.
Gastspiel d. Original-
Leipziger Fritze-
wieser-Sänger.
Sonnt. 6. 1. 8. Wieder-
sauftr. d. Follies. Elite-Sänger.

Volksbühne
Theater am Bölowplatz.
7 1/2 Uhr: Bruder Martin

Lessing-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in D. Glas d. Jungfrau
Sommerpreise.
Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr: Klubleute
mit Max Adalbert.

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Klein) Fasanstraße 15.
Bis Frei. Prinz u. Bettlerin
Sonnt. 8: Uraufführung
Novembersturm.
3 Akte von Hallupp.
Verf. v. „Internationale“.

Ab 7 1/2 - Konzert u. Spezialth.

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die lustige Puppe.

Theater Follies Caprice
Friedrich-Ecke Linienstr.
7 1/2 Uhr:
Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

APOLLO
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein.
Juli 1920
Neue
Natura
lebende
Kunstwerke
Mauß tollkühne
TODESFAHRT
2 Aegirs
am Meeresgrund.
Mary
ZIMMERMANN
v. Dtsch. Opernhaus
in ihren Tänzen
u. weitere Sensation

Rehehall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Wühr. d. Ferien
d. Stett. Säng.
Varieté-Vorst.
und Burleske
Stettiner Säng.
Ab 1. u. 2. wieder
Donno (Brett) u. W. 0. 1. 1.
Garten u. Saal / Sonnt. 3. 1.

Potsdamer Str. 38
Friedrichstr. 14
Der große Abenteuerfilm
Die Frau im
„Delphin“
Turmstr. 12
Viggo Larsen
im Detektivfilm
Der Todbringer.
Alexanderpl.-Passage
Die Banditen v. Asnières

Alte
Wein-
Stuben
J.F. Rauch
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174
neh. Gold-Busse, Gr. Frank-
furter Str. 112 neben Jandorf,
Invalidenstr. 161, Engros: N. 4,
Bergstr. 34, Tel. Nord. 8214.
Billige Bowlenweine
Elektr. „Advokat“

Kupfer . . . 8,25
Rotguß . . . 7,20
Messing . . . 4,20
Zink . . . 2,20

Fritz Behrens, Blumen-
straße 71
Telephon: Königsstadt (3499)

Zigarren
Suche nach einige Damer-
raucher für Zigarren (siehe
Anzeige) in der Preislage
40 bis 450 pro Kiste, 1/2 und
1/3 verkauft. Probe-Paket
500 Stück liefert.
70 - 100 - 42.-
80 - 100 - 60.-
90 - 100 - 65.-
1.- 100 - 72.-
1.50 - 100 - 80.-
1.50 - 100 - 100.-
1.80 - 100 - 145.-
2.- 100 - 160.-
Hochschmecker 500 - 760.-

Fritz H. Ziegler,
Berlin 68, Kochstraße 30

Ein
neues Gesicht
von vollkommenster Schönheit
bes. Zeits durch meine
seit 30 Jahren berühmte
„Gaußfelder“, das einzige
Wunder, welches die Gesichtes-
struktur erneuert und von
den hartnäckigsten Haut-
unreinigkeiten löst. Bereit-
willig empfohlen von Dr. Dr.
Otto Reichel, Berlin 43
Eisenbahnstraße 4

Zigaretten
ohne Stängel 100 Stück
Zl. 25,- an. Zigaretten,
100 Stück mit 55,- an.
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (u. Kreuzberg).

Möbel
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Küchen
Polsterwaren
äußerst preiswert!
Auf Wunsch erleichterte
Zahlungsbedingungen.
Versand nach auswärts

Stolzmann
Belle Alliancestr.
100.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Rehehall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Wühr. d. Ferien
d. Stett. Säng.
Varieté-Vorst.
und Burleske
Stettiner Säng.
Ab 1. u. 2. wieder
Donno (Brett) u. W. 0. 1. 1.
Garten u. Saal / Sonnt. 3. 1.

Potsdamer Str. 38
Friedrichstr. 14
Der große Abenteuerfilm
Die Frau im
„Delphin“
Turmstr. 12
Viggo Larsen
im Detektivfilm
Der Todbringer.
Alexanderpl.-Passage
Die Banditen v. Asnières

Alte
Wein-
Stuben
J.F. Rauch
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174
neh. Gold-Busse, Gr. Frank-
furter Str. 112 neben Jandorf,
Invalidenstr. 161, Engros: N. 4,
Bergstr. 34, Tel. Nord. 8214.
Billige Bowlenweine
Elektr. „Advokat“

Kupfer . . . 8,25
Rotguß . . . 7,20
Messing . . . 4,20
Zink . . . 2,20

Fritz Behrens, Blumen-
straße 71
Telephon: Königsstadt (3499)

Zigarren
Suche nach einige Damer-
raucher für Zigarren (siehe
Anzeige) in der Preislage
40 bis 450 pro Kiste, 1/2 und
1/3 verkauft. Probe-Paket
500 Stück liefert.
70 - 100 - 42.-
80 - 100 - 60.-
90 - 100 - 65.-
1.- 100 - 72.-
1.50 - 100 - 80.-
1.50 - 100 - 100.-
1.80 - 100 - 145.-
2.- 100 - 160.-
Hochschmecker 500 - 760.-

Fritz H. Ziegler,
Berlin 68, Kochstraße 30

Ein
neues Gesicht
von vollkommenster Schönheit
bes. Zeits durch meine
seit 30 Jahren berühmte
„Gaußfelder“, das einzige
Wunder, welches die Gesichtes-
struktur erneuert und von
den hartnäckigsten Haut-
unreinigkeiten löst. Bereit-
willig empfohlen von Dr. Dr.
Otto Reichel, Berlin 43
Eisenbahnstraße 4

Zigaretten
ohne Stängel 100 Stück
Zl. 25,- an. Zigaretten,
100 Stück mit 55,- an.
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (u. Kreuzberg).

Möbel
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Küchen
Polsterwaren
äußerst preiswert!
Auf Wunsch erleichterte
Zahlungsbedingungen.
Versand nach auswärts

Stolzmann
Belle Alliancestr.
100.

Bekanntmachung

betreffend Abänderung der Verordnung
des Wohnungsverbandes Groß-Berlin
vom 14. April 1920.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Ministers für
Wohlfahrt betr. Einführung einer Höchstgrenze für Miet-
steigerungen vom 8. Dezember 1919 (Friedl. Gesetzesblatt
1919 S. 187 R.) und des Beschlusses des Verbandsausschusses
des Wohnungsverbandes Groß-Berlin vom 3. Juli 1920 wird
die Verordnung des Wohnungsverbandes vom 14. April 1920
wie folgt abgeändert:

§ 1.
Die im § 1 der Verbandsverordnung vom 14. April 1920
festgesetzte Höchstgrenze für Mietsteigerungen wird von 20
auf 30 v. H. für Mietwohnungen in Wohngebäuden von 20 auf
40 v. H. für Geschäft- und Industriegebäude von 40 auf 50 v. H.
und für Läden mit über 2000 B. Mietwert von 50 auf 40 v. H.
erhöht.

§ 2.
Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in
Kraft. Kaufende Verfügungen werden von ihr nicht berührt.
Berlin, den 21. Juli 1920. 1755D
Wohnungsverband Groß-Berlin.
ges. Wermuth, Deuster.

Sonder-Angebot!

Kinderstiefel
genäht Kalbleder
Größen 27 30 31/35
M. 45.- 55.-

Damenstiefel
Hochschalt,
echt Boxcall
u. Chevreau M. 145.-

Damen-Halbschuhe
blasser Farbe, moderne
Form, mit u. ohne
Lackbl. M. 85.-

Herrenstiefel
moderne Form,
gute Aus-
führung M. 145.-

Schaal, Münzstr. 20, 1.
Ecke Kaiser-Wilhelmstr.

Soeben erschien, herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der
Kommunistischen Internationale
BELA SZANTO

Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn.

Mit Einleitung von Karl Radek.
Aus dem Inhalt: Revolutionäre Bewegungen im Jahre 1918. — Vom Zu-
sammenbruch der Monarchie bis zur Errichtung der Republik. — Auf dem
Wege des Klassenkampfes. — Mit Sturmschritten zur Diktatur des Pro-
letariats. — Das Verhältnis des Dorfes zur Stadt. — Die Rolle der Gewerkschaften
in der Revolution. — Was hat die Diktatur geleistet? — Der Sturz der Räteregierung.
126 S. — Preis M. 6,50.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der K. P. D., Neuhölln, Wartheinstr. 69;
durch die Arbeiter-Buchhandlung Berlin, Annenstr. 1; Buchhandlung A. See-
hoff & Co., Berlin, Auguststr. 60, sowie durch alle Buchhandlungen. 15563

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende
Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein
gewaltiger Umschwung unserer Industrie und des
Handels steht bevor, und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe und
Handwerker sollen nicht verärgern, ihre Kennt-
nisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzu-
passen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen
Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis des ge-
waltigen Ringens sein muß. Das beste Mittel,
rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen
Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in
technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die
technischen Selbstunterrichtswerke „System Kar-
nack-Hachfeld“. Ausführliche 80 Seiten starke
Broschüre kostenlos.

Bonné & Hachfeld, Potsdam, Postfach 167.

50000 M. Belohnung

aber nachweislich die höchsten Preise für
Gold-, Platin- und Silberbruch sowie
 Brillanten, Uhren, Zahngebisse usw.
H. WIESE
Artilleriestraße 30.

Wegen dringenden
Bedarfs zahle für
Platin 73 Mark
(Freib.)
Fahrt wird verpaidet.

Keine Wanze mehr.

„NICODAAAL“. Erfolg verbäufend. — Restlose Vertilgung.
Beste Zeit zur Brutverrichtung.
Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack M. 5.-
Verkauf: Alle Warenhäuser A. Wertheim.
Bitte ausdrücklich nur „NICODAAAL“-zu verlangen.

Gegründet
1899
Riesen-
Auswahl
billig!

Stocklaternen — Lichte dazu
Sommer- u. Volksfestartik. Mützen,
Scherz- u. Verlosungsart. Spielwar.
reichhalt. Sorti-
ment f. Garten.
Land u. Wasser.

Bengal-Feuer
Wiederverkäufer billigste Preise.
Lagerbesuch sehr lohnend!
Versand nach auswärts sofort!
Scherzartik.-Fabrik A. Maas & Co.
Berlin 35, Markgrafenstr. 84, an der Lindenstr. Gr. Illustr. Liste f.

3 seltene Bücher F. E. Bilz
III. Aufl.
die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturstaat, Reformvorläufer zu ungeahntem Glück. 7,50, geb. 10.
Tote leben! mit 22 Gekochtenphotographien. Gr. 7,50, geb. 10.
Mit 78 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1,20.
Für jede Buchbibliothek unentbehrlich. Bilz Verlag, Leipzig.

Bekanntmachung

erholungsbedürftige Pferde
finden bei reichlicher, guter Grös-
senerhaltung unter bestmöglicher Auf-
sicht beste Kräftigung in der Pferdepflege in Jaitzenberg
bei Berlin. — Aufnahmebedingungen erhältlich bei der
Stdt. Gutsverwaltung Jaitzenberg bei Berlin.

Autore ist die beste

seit 19 Jahren
anerkannt beste
Haarfarbe
färbt echt natürlich blond,
braun, schwarz u. J. 24. Pracht. 8.

J.F. Schwarze Söhne
Berlin,
Markgrafenstr. 26.
überall erhältlich

!!! Geld !!!

Für jede Verschönerung des
Gesichtes für Blaudrüse,
Brillen, Goldgegenstände,
Zephele, Bücher usw. Wolff,
Friedrichstr. 41 III, Ecke Rodstr.

Sozialdem. Wahlverein
Neuhölln S. P. D.
Nachruf.
Den Mitgliedern die traue-
rige Nachricht, daß unser
Genosse
Otto Schneider
62. Reg. V. St.
nach langem Leiden ver-
storben ist.
Seine feinen Gaben!
Die Beerdigung hat be-
reits stattgefunden.
2404 Der Vorstand.

Einzelverkauf zu Engrospreisen!

Um mit unserem gewaltigen Lager in
Herrn-, Jünglings- u. Knaben-Anzügen
zu räumen, verkauften wir zu nachstehenden Preisen:
Herrn-Anzüge in 1- und 1 1/2- und 1 3/4- und Sport-
Fasson, d. h. mit Gurt und
Falten, aufgesetzten Taschen, diese zum 350 M. an
Knöpfen, Umschlaghose von 110 M. an

Jünglings-Anzüge in 1 1/2- und 1 3/4- und Sport-Fass. v.
Knaben-Anzüge in 1 1/2- und 1 3/4- und Sport-Fass. v.
Prima Verarbeitung! Gute Zutaten! Schöne Stoffe!
Verkaufszeit von 1/2 bis 6 Uhr. 1556b

K. & W. MEYER, Berlin C.
Neue Friedrichstraße 79a, III.

Spezialarzt Dr. Haink

Leipz. Str. 103, u. d. Friedrichstr.
10-1, 3-6, Sonnt. 11-1.
Haut- u. Harnleiden jeder Art,
Blutuntersuchung, Salvarsan-
kuren, Beste Medikamente,
Schmerz-, erprobte Behandl.
u. Beruhigung, Mäßiges Honorar,
last wieder Friedenspreis
Spezialarzt

Zigaretten!

Schlag „dick Casanova“ M.
25 Pf. - Bd. Mille 210 u. 1 1/2 - 8.
Eggl. u. amer., 4 Postvers.
M. Dessen, Berlin C 25
Alexanderplatz 2, J. Trp.

Von der Reise zurück! J. KIRSCH, Dentist.

Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 34, II. Ecke Köpenicker Str.
Sprechstund. 9-11 u. 3-6 I. Hause d. Lugenstr. Apothek.
Sonntags 10-12 Uhr. Tel. Moritzstr. 117 55. 113-21

Giftfreie naturgemäße Behandlung

von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,
ohne Berufsberatung. Aufklärende, belehrende
Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossener
Umhüllung ohne Aufdruck durch

Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Der praktische Klempner

von Otto Kallenberg.
Mit zahlreich. Illustrationen
und Tabellen.
99. 30.-
Sortimentsbuch. Vertriebs-
2. November 2.

Kupfer . . . 8,20
Rotguß . . . 8,20
Blei, Zink 2,20
Zinn bis . . 25,00
Quecksilber 50,00
Schulzendorfer St. 2

Unsägliches Elend

liegt heute auf vielen Ehe-
leuten und namentlich auf
altem, denen die heutigen
Verhältnisse eine baldige
Heilung unmöglich machen.
Verlangen Sie gegen Ein-
sendung v. M. 1.- Aufklärung
in geschlossener Umschl.
v. Faust-Verlag, Dessau 21

Junge Chelente

erhalten Tropfen über Rutter-
schon unentgeltlich.
Frau Emma Fisher,
Berlin - Wilmersdorf 139,
Rolfstraße 168, 187-17

Dr. med. Grüterling

Haut-, Harn-, Unterleibsleiden
u. Mann- u. Frauen-Blutunter-
suchung. Invalidenstr. 35, Ecke
Chausseest. Steit. Hfl. Spr.
Wochensächl. 11-1, 4, 5-7.

Stellenangebote

Der Landrat Herr Dr. Dr.
beschäftigt eine Juristinnen
Hilfskraft anzuwählen, welche
die Befähigung zum Richteramt haben und
Anforderungsbedingungen und
Beförderung nach Vereinbarung
Bewerbungsgelände mit Be-
ande der Gehaltsaufklärung
werden getätigt werden an der
Beförderung d. Kreisaußenstelle
kommuniziert. Central
Hausmann in Hörde 123

Werkzeugfachmann

zum Reinigen und Sortieren angefertigter Spindelbohrer
Teile ufm. gesucht. Ausführliche Angebote mit genaue
Angabe der bisherigen Tätigkeit unter J. S. 4651 an Rudolf
Mosse, Berlin SW 19, erdrem. 1311

Sowjetrußland und Polen.

Reden von Kamencw, Lenin, Trotzki, Marchewski, Sokolnikow, Radek
und Marlow in der Vereinigten Sitzung des Allrussischen Zentral-Exekutiv-
komitees des Moskauer Rates der Arbeiter- und Bauerndelegierten, der Ge-
werkschaftsverbände und der Betriebsräte am 5. Mai 1920.
Preis M. 1,20.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der K. P. D., Neuhölln, Wartheinstr. 69;
durch die Arbeiter-Buchhandlung Berlin, Annenstr. 1; Buchhandlung A. See-
hoff & Co., Berlin, Auguststr. 60, sowie durch alle Buchhandlungen. 1556b

Unruhen oder Unglücksfall?

Trauriges Vorkommnis in den Höchster Farbwerken.

Höchst a. M., 20. Juli. (WZ) Zu größeren Arbeiterunruhen (?) kam es heute vormittag vor dem Direktionsgebäude der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning. Unzufriedenheit der Arbeiter mit Lohn- und Arbeitszeitzagen, sowie Unwille über den Steuerabzug sollen Anlaß dazu gegeben haben. Die Menge stauete sich an den Eingängen und im Treppenhause des Direktionsgebäudes, sowie auf der Straße, während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direktion verhandelte. Möglicherweise im Treppenhause das Gelände und eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Einer der Direktoren soll bei der Auseinandersetzung mit den aufgeregten Arbeitern verletzt worden sein.

Ein späterer Bericht des WZ meldet: Die tumultartigen Auftritte vor der Direktion der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning haben heute kurz nach der Mittagsstunde ihren Abschluß gefunden. Die Direktion sagte zu, daß in Betrieben, in denen eine 48-stündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt war, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den Gehirngewinnungssteuerabzug rückwirkend übernehmen. Die durch die heutigen Vorgänge entgangenen Lohnausfälle wird das Werk tragen. Weiter die Frage der Lohnsteigerung wird morgen, wie vorgesehen war, verhandelt werden. Beobachterweise wurden einige hervorragende Mitglieder der Direktion so schwer mißhandelt, daß sie vorübergehend längere Zeit die unfähig sein werden, muß einweilen dahingestellt bleiben. Mißhandlungen von Arbeitgebern sind auf jeden Fall schärfstens zu mißbilligen, sie bedeuten einen Rückschlag in Form des Lohnkampfes, die längst überwunden sein sollen und organisierter Arbeiter unwürdig sind. Freilich war gerade die chemische Industrie bis zur Revolution ein Tummelplatz der Gelben, und es ist leicht möglich, daß die Direktoren hier die Früchte ihrer eigenen Arbeiterkorruption geerntet haben. (Red. d. B.)

Tumulte in Danzig.

Mißhandlung des Oberbürgermeisters.

Danzig, 20. Juli. (W. Z. B.) Gelegentlich einer heute nachmittag auf dem Neumarkt abgehaltenen Demonstrationssammlung (?) kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude in einer Sitzung des Staatsrats anwesende Oberbürgermeister Sahm wurde gewaltsam aus der Sitzung herausgeholt, um zu der durch zahlreiche Neben aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge geführt wurde, drang sie von vielen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angefaßt und von vielen, die ihn erkennen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landeshauses der Menge versichern, daß er sich für die Erfüllung der Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgefängnis führende Straße absperren, da laut geworden war, daß eine gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen beabsichtigt sei. Durch Maschinengewehrschüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt. (Zusammenfassend sagt der Bericht des W. Z. B. weiter, von wem die Demonstration ausging, noch, was sie bezweckte. Red. d. B.)

Mysteriöse Anschläge auf Dorten.

Nach Meldung der „Frankfurter Jbz.“ aus Wiesbaden ist in der Nacht von Montag auf Dienstag ein Überfall in Dr. Dortens Wohnung verübt worden. Sechs vermummte Männer, die in einem Auto in Wiesbaden anlangen, verschafften sich gewaltsam Zutritt zu den von Dr. Dorten benutzten Arbeitsräumen. Wahrscheinlich, um sich der dort aufbewahrten Aktenstücke zu be-

Meiner eifrigen Plagiatoren, der „Deutschen Zeitung.“

Was ich mir an Verleumdung hier erlaube, sooft der Galter in den Finstern lacht, das find' ich andern Tags voll Buttelstauube im Raum der „Deutschen Zeitung“ nachgedruckt.

Als Beispiel für die stittliche Verrohung der Motte, die das Heiligste verböhnt, werd' ich mit mancher wohlgemeinten Drohung von deutschgezeugten Mannen angeköhnt.

Es rührt mich nicht. Ich loue meine Stulle, Blase zum Radtsch etwas Pfeisendampf, und griene reimend: Na, dorechter Wulle, das gibt für Sie 'nen neuen Tobuchtskrampf.

Neillos mocht diese Vorstellung mich glücklich, daß ich in Ihrer Suppe schwimm' als Haar, darum verzicht ich (kannu zwar augenblicklich) auf jeden Pfennig Nachdruckonorar.

Denn wären Sie beim Lesen jeder Quol bar, ich hinge an den Rogel das Geißelst. So aber löst im Ohr mir — unbezahlbar — wie Wulle mit Krogminkt Wette läßt.

Nik. von Lindenhefen.

Theater. Das neue Volkstheater wird in der ersten Woche des August seine eben vollendete großartige Tragödie „Familie“ von Curt Corrent zur Aufführung bringen.

Ein physikalisches Kuriosum wird vom 6. bis 14. September im physikalischen Laboratorium des Versuchslabors für Werkzeugmaschinen und Schleifwerke an der Technischen Hochschule Charlottenburg abgehalten. Er soll einen Überblick über die bisherigen Erfahrungen und Methoden der physikalischen Drehlehre geben.

Die Vorlesungen des bekannten Physiologen des Tierreichs, zinnliche Sitzungen der Naturgeschichte, Betriebsphysiologie und Physiologie, Eingangsberatung industrieller Verfahren, landwirtschaftliche Planung, Untersuchung an Strahlenbakterien, Zellenphysiologie und Sarcidmolekularchemie. Anmerkungen: Verein deutscher Ingenieure, Abt. Physikalischer Kurios, Berlin NW. 7, Sommerstr. 4a.

Ein Werk über Theodor Hofmann, den Silberliner Heiliger um die Mitte des letzten Jahrhunderts, der vor allem auch dem Berliner Quam und der politischen Satire Adolf Hölzl'scher Art unermüdet zur Seite war, läßt Karl Gredler jetzt im Deibelverlag, München, erscheinen.

Mozart, der Berliner Musiker, läßt jetzt den Vortrag, den er bei der Ueberführung des Katakomben am 2. Juni vor der Elodolmer Akademie der Wissenschaften über die Entstehung und Entwicklung der von ihm geschaffenen Quantentheorie hielt, bei Bach-Verlag im Druck erscheinen.

Der ungarische Historienmaler Julius Verecz, ein Schüler von Mészáros, ist, 76 Jahre alt, in Budapest gestorben. Er war der Vater des ungarischen prähistorischen Forschungs.

Keramische Fortbildungskurse veranstaltet die Technische Akademie für praktische Medizin vom 18. Oktober ab: einen Kursus über Entzündungen des Herzens und der Gefäße, einen über Tuberkulose. Näheres durch das Sekretariat der Akademie.

mächtigen. Die Eindringlinge wurden verfolgt und entlassen ebenso rasch, wie sie gekommen waren. Nachträglich wird bekannt, daß bereits vor 14 Tagen Dortens Auto von dem Führer eines anderen Autos angehalten wurde, dem drei Männer entsprangen, die eine Unterjuchung des Dortenschen Autos vornahmen, wogegen sich der Chauffeur energisch sträubte. Nachdem die Männer Einblick in das Auto genommen und als Invasoren nicht Dr. Dorten, sondern den Grafen Voßmer erkannt hatten, ließen sie von weiterem Suchen ab und verschwanden wieder.

System Ladendorff.

Zu der Hausbesitzerversammlung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, in der nach Zeitungsberichten der Vorstehende Stadtrat Ladendorff gesagt haben soll, der Wohlfahrtsminister habe selbst erklärt, daß er sich weniger aus sachlichen Gründen, als mit Rücksicht auf die Straße gegen eine weitere Erhöhung der Höchstmieten wenden müsse, wird den P. B. N. von unabhängiger Seite mitgeteilt, daß diese Behauptung glatt erfunden ist. Der Minister hat eine solche Äußerung selbstverständlich nicht getan.

Herr Ladendorff hat auch über den „kommunistischen“ Mieterbund lamentiert. Herr Ladendorff kopiert halt im Kleinen das System Ladendorff.

Das Entwaffnungsgesetz im Reichsrat.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag in öffentlicher Sitzung unter Vorsitz des Reichsministers des Innern auch die Beratung zur Durchführung des § 26 des Militärverfassungsgesetzes an. Ferner stimmte der Reichsrat einem Gesetz betreffend den am 11. Mai 1920 im Haag unterzeichneten Vertrag zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung zu. Durch diesen Vertrag gewährt die holländische Regierung Deutschland auf 10 Jahre einen Kredit von 200 Millionen Gulden, der mit 6 Proz. zu verzinsen ist. Als Gegenleistung wird Deutschland gewisse Kohlenlieferungen an Holland, wie sie schon bisher borgenommen wurden, fortsetzen. Eine Vorlage über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland, die namentlich den Transithandel nach Rußland ermöglichen soll, wurde an den Ausschuss verwiesen. Das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung, welches den Ausschuss des Reichsrates in mehrstündiger Sitzung beschäftigt hatte, wurde mit einer Reihe von Ausbesserungen beschlossene Änderungen angenommen. Das Gesetz soll die Grundvorlage dafür schaffen, um die Bedingungen des Abkommens von Spa zu erfüllen. Durch die Vor-

lage wird das Reich allein zum Träger der Entwaffnungsgesetze gemacht und die Befugnisse des Reichskommissars für die Entwaffnung soweit reichend wie nur denkbar festgelegt. In der Ausschussberatung hatten einige Länder Bedenken gegen das Gesetz, da es die Hoheitsrechte der Länder stark beschränkt. Diese Bedenken wurden jedoch bei der Wichtigkeit des Gesetzes allseitig zurückgestellt. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wandte sich die Versammlung der Beratung einer Entscheidung der Nationalversammlung vom 22. Juli 1919 zu, nach welcher eine Zentralstelle für die Umgestaltung und Neubildung von Ländern gebildet werden soll. Nach der Regierungsvorlage soll die Zentralstelle aus 6 Mitgliedern des Reichstags und 6 Mitgliedern des Reichsrates bestehen. Bei einer solchen Zusammenfassung wäre eine hinreichende Vertretung Preußens sowohl wie der anderen Länder nach Ansicht des Reichsausschusses nicht möglich gewesen. Er schlug daher vor, daß der Zentralstelle vom Reichstag wie vom Reichsrat je sieben Mitglieder angehören sollen und daß für die Reichsratsmitglieder je ein erster und zweiter Stellvertreter bestellt werden soll, so daß bei Angelegenheiten der nicht durch einen Hauptvertreter beteiligten Länder der entsprechende Stellvertreter herangezogen werden kann. Der Reichsrat stimmte dieser Regelung zu.

Kadeks Rolle in Moskau.

Das in Paris erscheinende Organ der Menschewiki: „La République russe“ veröffentlicht einen vom 26. Juni datierten Brief aus Moskau, der von einem der bekanntesten Führer der menschewistischen Partei stammt.

Darin heißt es u. a. über das Leben der Volkskommissare:

„Das die Rolle der Kommissare anbelangt, so wird aus dem „standard of life“ gar kein Hehl gemacht. Männer wie Maslariow, Kadek, Ananow, welche einst die Ungleichheit bekämpften, bestreiten nicht mehr die Existenz von Weizenbrot, Reis, Butter, Fleisch und (bei Kadek und Ananow) von teuren Weinen und Kognak auf ihrem Tisch. . . . Unter der Führung gelähmten sich nur noch Angelika Malachanow, Usharin und Tschischerin durch die Einfachheit ihrer Lebensweise aus. . . . Galassien, wo reiche Holzhändler mit führenden Bolschewiki zusammenstießen, wobei die Rechnung mehrere Hunderttausend Rubel beträgt, sind an der Tagesordnung.“

Trozkis hatte im Januar einen großzügigen Plan von Militärisierung der Arbeit und von Arbeitsarmeen verkündet, aber seine Begeisterung war sehr rasch eingedämpft, als er die wahrhaft russische Schlamperei bemerkte, die daraus entsand. Er war froh, als Pilsudski ihm die Gelegenheit bot, zu seiner üblichen Beschäftigung zurückzukehren: Paraden, Verteilung von Fahnen und von militärischen Auszeichnungen. . . .

Kadek war aus Deutschland erstlich zurückgekommen und mit einer Anlage zum Kränkchen: Er erlaubte sich in Privatgesprächen, sich über die Korruption, über den Bureaucratismus und über den moralischen Verfall des Bolschewismus zu „entleeren“. Sogar in öffentlichen Versammlungen kritisierte er die militärischen Gesekentwürfe und sprach für die unabhängige Aktion des Proletariats. Man erteilte ihm ein oder zwei leichte Kaffel, und daraus zog er den Schluß, daß unter dem gegenwärtigen Regime man nur „toisten“ könne, indem man sich in das Zentralkomitee hineinschmuggelt. Um dorthin zu gelangen, trach er auf allen Seiten, und wenn auch schwer, erreichte er sein Ziel, indem er jene Opposition bereitete, die sich am Vorabend des letzten bolschewistischen Kongresses gebildet hatte. Er hat seitdem diese trübende Haltung bewahrt und ist ein reaktiver Offiziöser geworden, welcher heute erklärt, daß die deutsche Revolution noch fern sei, und daß man daher die Unabhängigen in der dritten Internationale aufnehmen müsse, und morgen, daß man diese selben Unabhängigen mit Fußstapfen hinaufwerfen müsse. Einmal verkündet er, daß das Programm Rußlands darin bestehen müsse, den polnischen Angriff zurückzuschlagen und die polnischen Republikanten zum Frieden zu zwingen, damit wir zum sogenannten friedlichen Wiederaufbau zurückkehren können. Und buchstäblich am folgenden Tage erklärt er, daß wir keinen Frieden mit diesen Republikanten schließen, daß wir durch Polen marschieren und, nach der Ausrückung der polnischen Sowjetrepublik, in Deutschland einfallen werden, um dort die Hand der kommunistischen Revolution zu reichen, welche im Herbst ausbrechen müsse.“

Das hier entworfen Bild der Tätigkeit Kadeks dürfte noch unserer Kenntnis seiner wandelbaren Persönlichkeit

durchaus zureichend sein, und wenn die Politik Sowjet-Rußlands in der Frage des Waffenstillstandes und des Friedens mit Polen mit dieser Kadekschen Konsequenz betrieben wird, so kann Europa in der Tat noch allerlei erleben. . . .

Jusserands Bericht aus Warschau.

Vogelstranz Pilsudski. — „Nicht rettungslos verloren.“

Paris, 20. Juli. (Meldung des Holländisch Neuweltbureaus.) Die französische Mission hat ihren ersten Bericht aus Warschau gesandt. Es sei schwer gewesen, die Angelegenheit mit Präsident Pilsudski zu behandeln, der die Lage nicht der Wahrheit entsprechend sehen wollte. Nur mit großer Mühe gelang es ihm zu überzeugen, daß die alliierten Offiziere in der polnischen Armee eine zweckentsprechende Rolle spielen müssen. Die Mission hat aber den Eindruck, daß sie die Situation wieder in Ordnung bringen kann und daß diese nicht rettungslos verloren ist. Im übrigen wisse man in französischen politischen Kreisen, daß die Verhandlungen der Sowjets bezüglich Polens zum Mißerfolg prädestiniert sind, da die Russen bereits die durch Lloyd George angegebene Grenze überschritten haben. Als sie über den Nemen kamen, ist die Bedingung erfüllt worden, auf Grund der die alliierten Polen Unterstützung zusicherer. Diese soll in der Entsendung von Munition und Kriegsmaterial bestehen. Bezüglich der Rannschaften leidet die polnische Armee keinen Mangel.

Das Schicksal Ostgaliziens.

Warschau, 20. Juli. (Telektion.) Einer polnischen Abordnung Ost-Galiziens erklärte der Minister des Innern Sapieha, die Sache Ost-Galiziens stünde keinesfalls schlecht. Da Ostgalizien zu zwei Dritteln aus Polengegnern besteht, nämlich aus Ruthenen und aus Juden, die den Tag der Befreiung vom polnischen Joch ersehnen, so könnte dieser Auspruch Sapiehas eine tief- und doppelstimmige Bedeutung haben. . . .

Englischer Funkpruch an Tschitscherin.

London, 20. Juli. (Meldung des Holländisch Neuweltbureaus.) Die englische Regierung hat von der Sowjetregierung nähere Informationen im Zusammenhang mit dem Telegramm Tschitscherins vom 24. d. M. verlangt, weil es unklar geblieben ist, ob sich Tschitscherin Antwort auf die Friedenskonferenz mit Polen oder auf die darauf zu haltende Konferenz mit den alliierten bezieht.

Gegen die Neutralität der Danziger Arbeiter.

Wespa, 20. Juli. (Telektion.) „Dziennik Poznanski“ erzählt, daß im Falle einer weiteren Weigerung der Danziger Arbeiter, Munition für Polen auszuladen, polnische Arbeiter diese Arbeit unter dem Schutze von Entente-truppen übernehmen werden.

In der Not wird sogar Churchill deutschfreundlich. . .

London, 20. Juli. (M.) In der „Evening News“ veröffentlicht Winston Churchill einen Artikel, der sich mit der Bedeutung Deutschlands im Falle einer Niederlage Polens beschäftigt. Churchill bezeichnet Polen als die Triebfeder des den Komplex der Chitragen betreffenden Teiles des Versailler Vertrages. Der Untergang und Zerfall Polens infolge des bolschewistischen Ansturmes und die Eingliederung Polens in das bolschewistische System würden alle Schranken fortsetzen, die den Western heute vor dem Bolschewismus bewahren. Deutschland und Rußland könnten dann unerschrocken in direkte Verbindung miteinander treten. Deutschland sieht im Falle dieses Ereignisses vor einer folgenschweren Wahl. Es ist in der Lage, die Leiden Europas zu erneuern, ja zu verdoppeln, oder aber der Zivilisation Dienste von unüberschaubarer Tragweite zu leisten. Die Deutschen hätten es in der Hand, ihre sozialen Pläne mit denjenigen Sowjetrußlands zu verbinden und damit das Chaos über den ganzen Kontinent zu wälzen. Sie vermögen aber auch, ganz mit äußerster Anstrengung und festestem Mut, einen Damm gegen die bolschewistische Flut zu errichten und ihn in friedlicher, geduldiger Kraftentfaltung zu erhalten. Sie würden dann auf dem Wege zur Selbstheiligung die eigenen und die Interessen des Westens schützend sich zu einem Riesen erheben.

Joffe in Riga.

Russisch-litauische und lettisch-litauische Verhandlungen.

Romno, 20. Juli. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Heute ist Joffe mit der Antwort der russischen Regierung auf die Note des litauischen Ministers des Innern aus Romno nach Riga zurückgekehrt. Die Verhandlungen sollen unverzüglich beginnen.

Die lettische Regierung machte der litauischen den Vorschlag, Verhandlungen zwischen beiden Staaten über den Grenzverkehr und militärische Fragen einzuleiten. Die litauische Regierung nahm den Vorschlag an und bestimmte ihre Vertreter. Das Kabinett beauftragt die lettische Regierung zu ersuchen, ihre Vertreter zu diesen Verhandlungen nach Romno zu entsenden.

Die deutsch-lettischen diplomatischen Beziehungen, ferner auch die Post- und Telegraphenverbindung zwischen Deutschland und Lettland sind, entsprechend dem in Berlin unterzeichneten Abkommen, wieder aufgenommen worden.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Amsterdam, 20. Juli. (W. Z. B.) Die englische Regierung hat eine Anzahl ehemaliger Offiziere zur Dienstleistung in Irland unter die Waffen gerufen. In West-Cork ist wieder ein Polizeidamster erschossen worden. In Clontarf hatten die über die Ermordung eines Beamten erlitterten Polizisten das Rathaus in Brand. Als die Flamme durch die Vermählung der Bevölkerung gelöscht wurden, zerstörten die Polizisten das Innere des Gebäudes vollständig. Am Dienstag ist ein Bataillon Jäger von Aldershot nach Irland abgegangen.

Die Kohlenkredite.

Paris, 20. Juli. Der Finanzausschuss der Kammer beriet gestern nachmittag den Gesekentwurf über die Vermittlung der durch das Kohlenabkommen mit Deutschland notwendig gewordenen Vorkäufe. Nachdem der Finanzminister eine ganze Reihe von Fragen einzelner Mitglieder beantwortet hatte, weiterte sich der Ausschuss mit 12 gegen 8 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen, in die Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Man nimmt an, daß auf Antrag des Ministerpräsidenten der Finanzausschuss sich heute nachmittag in seiner Anwesenheit nochmals mit den Kreditforderungen befassen wird.

